



Presseclipping
Hauptstadtkongress
am 15.01.2005

Presse

- Berlin krempelt die Ärmel hoch, Die Stütze, 02/05
- Gemeinsam die Ärmel hochkrempeln, BI, 02/05
- Hauptstadtkongreß „Berlin hilft sich selbst“ am 15. Januar 2005 stattgefunden, MAECENATA ACTUELL, 02/05
- 15. Januar Hauptstadtkongress, politik & kommunikation, 02/05
- Die Bürgergesellschaft organisiert sich, changeX, 26.01.2005
- Das ist ein Zeichen des Aufbruchs, Welt am Sonntag, 23.01.2005
- Berlin hilft sich selbst, FAZ, 17.01.2005
- Dem Trübsinn ein Ende, Berliner Zeitung, 17.01.2005
- Schmoren im eigenen Saft, taz, 17.01.2005
- Bürger verlieren den Anschluss, taz, 17.01.2005
- Ohne Bürger geht es nicht, DIE WELT, 17.01.2005
- Berliner Kraftreserven, FAS, 16.01.2005
- Berlin hilft sich selbst, Berliner Morgenpost, 16.01.2005
- 1000 Teilnehmer beim ersten Hauptstadtkongress, Berliner Morgenpost, 16.01.2005
- Ohne Bürger geht es nicht, Berliner Morgenpost, 16.01.2005
- Wir müssen nur tun, Tagesspiegel, 16.01.2005
- Wir Bürger machen unser Programm, Tagesspiegel, 15.01.2005
- Initiativen laden zum Hauptstadtkongress, Yahoo Nachrichten, 15.01.2005

- Handeln zum Wohl Berlins, Berliner Morgenpost, 13.01.2005
- Handeln zum Wohl Berlins, DIE WELT, 13.01.2005
- Die Stadt hilft sich selbst, Berliner Morgenpost, 13.01.2005
- Die Stadt hilft sich selbst, DIE WELT, 13.01.2005
- Hauptstadt-Helfer, Berliner Zeitung, 11.01.2005
- Überparteiliches Bündnis für mehr Bürgersinn in Berlin, Welt am Sonntag, 09.01.2005
- Grönemeyer grüßt, BILD, 10.01.2005
- Hauptstadtkongress mit Stölzl und Grönemeyer-Video, Berliner Morgenpost, 08.01.2005

Radiointerviews (mit J. Bohnen):

- Spreeradio, 14.01.2005
- rbb Kultur, 14.01.2005
- Star FM, 15.01.2005

TV-Beiträge:

- rbb Abendschau, 15.01.2005



Hauptstadtkongress 15.01.05

Foto: privat

Berlin krepelt die Ärmel hoch

„Berlin hilft sich selbst“ lautet das Motto des ersten „Hauptstadtkongresses“, der am 15. Januar im Hotel Grand Hyatt am Potsdamer Platz stattfand. Das hat Charme, wie das Logo der Veranstaltung: ein (Berliner) Bär, der sich die Ärmel hochkrempelt. Geladen hatten dazu fünf – laut Einladung – „führende Berliner Bürgernetzwerke“: die Initiative Hauptstadt Berlin e.V., die Stiftung liberales Netzwerk, der BürgerKonvent sowie der CDU-nahe Gesprächskreis Hauptstadtunion und das von jungen SPD-Abgeordneten gegründete Netzwerk Berlin N21. Organisiert wurde der Kongress von Scholz & Friends Agenda als Pro-Bono-Projekt mit dem Ziel, mehr Berliner zum freiwilligen Engagement zu aktivieren, das bestehende Engagement sichtbar zu machen und bislang getrennt agierende Bereiche der Gesellschaft zusammenzuführen.

Fast 1.000 Gäste folgten der Einladung. Die Dichte von Antragsträgern war für das Thema ungewöhnlich, das Programm voll gepackt mit Reden und Podiumsdiskussionen. Die Liste der Redner und Teilnehmer las sich prominent: Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/O., hob in ihrer Rede die große Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements als Inspirationsquelle für die Politik und Ergänzung der Parteien hervor. Weitere Redner und auch die Podiumsdiskussionen boten viel Nachdenkenswertes, insgesamt blieben die Diskussionen aber abgehoben und theoretisch.

Deshalb ergriffen Teilnehmer Gelegenheit und Mikrophone und wurden in Fragen

und Beiträge konkret. Christiane Richter berichtete von ihrer Erfahrung als Seniorin, die mit Gleichgesinnten regelmäßig in Schulen geht, um ihre Lebenserfahrungen weiterzugeben, und von der eifrigen Erkenntnis, dass die Jugend gar nicht so „verzogen“ sei wie in den Medien häufig dargestellt. Daniel Büchel, Freiwilligenkoordinator beim Wohlfahrtsrat Unionhilfswerk, wollte genauer wissen, ob die Initiatoren in Zukunft auf bestehende Initiativen und Anlaufstellen zurückgreifen und mit diesen zusammenarbeiten werden oder zusätzliche Parallelstrukturen aufbauen wollten. Eine klare Antwort blieb hierzu aus.

Doch dieser Punkt ist ein Knackpunkt. Bürgerschaftliches Engagement wird in Berlin großer Vielfalt praktiziert. Auch existieren bereits Anlaufstellen, in denen Ratuchende Auskunft erhalten – genannt seien vor allem der Treffpunkt Hilfbereitschaft, aber auch das Berliner Bürgerportal bürgeraktiv. Richtig ist allerdings, dass der Austausch zwischen Initiativen, ihre Vernetzung noch Raum für Verbesserung bietet.

Leo Penta, Professor für Gemeinwesen an der katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin, nannte den Kongress in einem Interview mit der taz „Plattform ... zum Gedankenaustausch und zur Knüpfung von Kontakten“. Eigentlich gäbe es aber in Berlin bereits genug solcher Kongresse, Kommissionen, runder Tische. Vielmehr würden dadurch die knappen Ressourcen gebunden und würden nicht mehr für das zur Verfügung, worum es eigentlich geht: Bürgerengagement. Dabei dürfe die Bürgergesell-

schaft kein elitäres Projekt werden. Schwache und Arme müssten sich stärker einbringen, ihnen müsste mehr vertraut werden. Wie knapp die Ressourcen sind, zeigte sich am Ende des Kongresses, als die Vertreter der Netzwerke die Anwesenden zu Spenden aufriefen, um im kommenden Jahr den Berliner Bürgerpreis für vorbildliches bürgerschaftliches Engagement vergeben und die Infrastruktur für die weitere Arbeit der Initiative aufbauen zu können.

Der Hauptstadtkongress war eine Hochglanzveranstaltung, und auf den Glanz sprangen die Medien prompt an. Größe und Ausstattung haben Erwartungen geweckt, die durch nachhaltige Arbeit befriedigt werden müssen. Sich für die Ausrichtung eines Kongresses zusammen zu finden ist eine Sache, sich auf eine Agenda zu einigen und diese außerhalb der Spotlights im Tagesgeschäft umzusetzen eine andere. Was nach dem Kongress folgen soll, blieb unklar. Welche Anregungen des Publikums sich im Aktionsplan der Initiatoren wieder finden werden, bleibt abzuwarten. In jedem Fall gilt es die Ärmel hochzukrempeln – wie der Bär auf dem Logo.

Markus Vossel

Treffpunkt Hilfbereitschaft:
<http://home.snafu.de/treffpunkt-berlin/>
bürgeraktiv Berlin:
www.berlin.de/buergeraktiv

Verbund + Verband

Gemeinsam die Ärmel hochkrempeln

Hauptstadtkongress; Berlin hilft sich selbst/BVR gab Hilfe zur Selbsthilfe

Tim Zuchiatli

Der Grundgedanke des ersten Berliner Hauptstadtkongresses basierte auf einer Vision. Der Vision, zusammen anzupacken, sich aufzuraffen und eigenhändig etwas für die Stadt zu tun. Politische Liebläugelei sollte ausgeklammert, allein der Bürgerwille zur Handlungsmaxime erhoben werden. Schon die Zahl von 1.000 Teilnehmern an einem Samstag im Berliner Hyatt Hotel signalisierte, dass die Vision nicht zur Illusion werden muss. „Berlin hilft sich selbst“, lautete der Titel der Veranstaltung. Der BVR als Förderer gab Hilfe zur Selbsthilfe.

Der Berliner Bär in gewohnter Erscheinung, allerdings mit aufgekrepelten Ärmeln, gab symbolisch vor, worum es im Ballsaal des Hotels gehen sollte: um das konkrete Handeln. Wie es in der Natur eines Kongresses liegt, wurde vor allem darüber geredet. Das Motto „Gutes tun und darüber reden“ wurde für einen Tag umgedreht. Man redete darüber, wie man gemeinsam Gutes für die Stadt Berlin, für die Bürger, letztlich auch für sich selbst tun könnte. Natürlich um neue Impulse für neues Handeln zu erhalten, denn die Taten sollten dabei nicht lang auf sich warten lassen. Repräsentanten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kultur, Politik, Verwaltung und Medien diskutierten in fünf verschiedenen Panels über mögliche Ansatzpunkte einer stärkeren „Gestaltung von unten“. Die zahlreichen anwesenden Vertreter von Berliner Bürgerinitiativen zeigten in ihren Wortbeiträgen, wie dies funktionieren kann und wie dies bereits funktioniert.

Naivität ist wichtig

Gesine Schwan, Präsidentin der Europauniversität Vladina, nahm in ihrer Eröffnungsrede vorweg, dass schon eine gehörige Portion Naivität nötig sei, um Dinge in Gang zu setzen. „Ohne Naivität macht man keinen neuen Anfang, sondern hält sich nur vor Augen, was alles schon schief gelaufen ist“, sagte die ehe-



Begeht: Der BI-Sonderdruck „Gemeinsam mehr erreichen – Erfolgsmodell Bürgerstiftung“ war am Stand der Aktiven Bürgergesellschaft bereits nach kurzer Zeit vergriffen.

malige Bundespräsidentenskandidatin. Sie warnte davor, die Idee einer Zivilgesellschaft als Speerspitze gegen die Politik zu verstehen. Das Schöne an der Bürgergesellschaft sei ihre Beweglichkeit, machte Schwan deutlich. Während politische Prozesse oft als starre Gebilde daher kommen, die zu bewegen eine hohe Kunst sei, handele es sich bei Bürgerengagement um eine Form von „good governance“, die sich durch Flexibilität, schnellen Zulauf und eine stärkere Sachorientierung auszeichne. Mit Hannah Arendt sprach Schwan von der „wirklichen, konstruktiven Macht“.

Agentur für Bürgerschaftsengagement

Im ersten Panel der Veranstaltung ging es nun darum, wie sich diese Macht ent-

faltet, wie Bürgerengagement entsteht und wie es sich effektiv ausbreiten kann. Dr. Rolf Kiefer, Vorsitzender der Aktiven Bürgerschaft e.V., stellte das gesellschaftliche Engagement des genossenschaftlichen FinanzVerbunds vor. Der Verein Aktive Bürgerschaft sei eine Art Agentur für Bürgerschaftsengagement, die beratend und als Impulsgeber bei der Gründung von Bürgerstiftungen tätig sei. Ziel der Initiative sei es, Bürgerengagement zu ermöglichen. „Wir können auch in Berlin viel einbringen“, bot Kiefer Unterstützung an. Wie die Initiative Aktive Bürgerschaft gesellschaftliches Engagement innerhalb des FinanzVerbunds betreue, so sei es auch für Berlin wichtig, die vielfältigen Aktivitäten zu koordinieren und gezielt aufeinander abzustimmen. Ein möglicher Weg dorthin sei ein „Center for Corporate Citizenship“, regte der Leiter

der BVR-Abteilung Presse und Kommunikation an. Dadurch könne man den Druck erzeugen, der für eine effektive Umsetzung der jeweiligen Ideen nötig wäre. Man würde nicht die bewegliche Bürgergesellschaft gegen ein statisches Konstrukt eintauschen, sondern den Einzelinitiativen insgesamt eine stärkere operative Basis schaffen, sagte Kiefer. Zuvor hatte Carola Schaaf-Derichs, Leiterin der Berliner Freiwilligenagentur, ihre Bedenken geäußert, mit einem Zentrum für bürgerschaftliches Engagement die flexible Handlungsfähigkeit der Bürgergesellschaft einzuschränken. Es gehe darum, den Druck aus der Mitte der Gesellschaft heraus zu bündeln und ihn damit zu erhöhen, um so stärkeren Einfluss auf die Politik zu gewinnen, bekräftigte Kiefer seinen Vorschlag. „Berlin braucht einen großen Wurf. Das wird nicht funktionieren, wenn wir uns nicht vernetzen.“ Community Organizer Prof. Dr. Leo Penta, seit 1996 an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin, sagte, es müsse zunächst einmal darum gehen zu praktizieren. „Wir sind erst am Anfang des Prozesses“, machte der Theologe deutlich. Um den Prozess weiter voranzutreiben, sei es jedoch notwendig, auch über den Tellerrand der eigenen Initiative hinauszuschauen, sagte Kiefer. Um Berlin sollte keine Grenze gezogen werden: „Wir brauchen unbedingt auch Input von außen.“

Berlinkompetenz entwickeln

Aus BVR-Perspektive schilderte Kiefer, dass es seit dem Umzug aus Bonn ein erklärtes Ziel des Verbands sei, Berlinkompetenz zu entwickeln. Da die Volksbanken und Raiffeisenbanken als Unterstützer des bürgerschaftlichen Engagements bereits sehr aktiv seien, biete sich hier ein guter Anknüpfungspunkt, um zum Wohle Berlins aktiv zu werden. Kiefer: „Berlin war bekannt für sein starkes Bürgertum, das scheint mir aktuell bruchzulegen. Es fehlen Visionen und Vordenker.“ Diese fanden sich auf dem Haupt-

Einladende Netzwerke des Hauptstadtkongresses waren: die Initiative Hauptstadt Berlin e.V., der Gesprächskreis Hauptstadtunion, das liberale Netzwerk, der Bürgerkongress sowie die Initiative Berlin N21. Als Unterstützer fungierten neben dem BVR unter anderem die Wall AG, das Hyatt Hotel, Allianz und SAP. Weitere Informationen zur Veranstaltung gibt es im Internet: www.hauptstadtkongress-berlin.de

stadtkongress in großer Anzahl. Multiperspektivisch wurde diskutiert, wo Bürgerengagement ansetzen soll und wie man es stärker und effektiver praktizieren kann. Eine Art von intellektuellem „Ärmel-Hochkrempeln“ – der Auftakt für eine stärkere Vernetzung. Um bürgerschaftliches Engagement in der Hauptstadt auch künftig öffentlich stärker zu würdigen, soll im kommenden Jahr erstmals ein „Bürgerpreis“ für wegweisende Projekte verliehen werden. Die Aktivitäten des genossenschaftlichen Finanzverbands, repräsentiert durch ei-

nen Stand der Aktiven Bürgerschaft im Foyer des Hyatt Hotels, stießen bei den Teilnehmern auf sehr großes Interesse. Schon früh waren die ersten Informationsbroschüren vergriffen. Vom BI-Sonderdruck zur Aktiven Bürgerschaft gab es am Ende der Veranstaltung kein Exemplar mehr, so groß war die Nachfrage. Viele Besucher erkundigten sich überdes genauer nach den Aktivitäten der Initiative und würdigten das große Engagement der Genossenschaftsbanken.

Konkret und nachhaltig

„Die Bürgergesellschaft ist kein abstraktes Leitbild für die politische Zukunft unseres Landes, kein Strohhalm“, hatte Dr. Johannes Bohnen von der Agentur Scholz & Friends als Organisator und Mitinitiator vorweg geschickt. Das wurde vor allem in den vielen spontanen Kundgebungen engagierter Bürger während der Veranstaltung deutlich. Auch die zahlreichen Handlungssätze, die auf dem Kongress erörtert wurden, ließen die nachhaltige Form des „Ärmel-Hochkrempens“ greifbar werden.



Engagiert für die Idee der Bürgerstiftung: Dr. Ralf Kiefer, Leiter Presse und Kommunikation beim BVR und Vorsitzender der Aktiven Bürgerschaft, im Gespräch mit einer Teilnehmerin.

Hauptstadtkongreß „Berlin hilft sich selbst“ am 15. Januar 2005 stattgefunden

Berlin als Stadt mit reichen intellektuellen, künstlerischen und sozialen Ressourcen ist gleichzeitig eine überschuldete Kommune, weithin geprägt von Provinzialismus und Kleinmut. Damit die Stadt nicht hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt und ihre Situation nurmehr lamentierend hinnimmt, müssen neue Wege gegangen werden.

Verschiedene Berliner Bürgernetzwerke haben sich mit dem Ziel zusammengeschlossen, mehr Berliner zu freiwilligem Engagement für die Zukunft der Stadt zu aktivieren. Zu diesem Zweck sollten das bereits bestehende bürgerschaftliche Engagement sichtbar gemacht und die bislang getrennt agierenden Bereiche der Gesellschaft zusammengeführt werden.

Ort dieses Zusammenführens war der Hauptstadtkongreß, der am 15. Januar im Berliner Grand Hyatt Hotel stattfand. Die Eröffnungsrede hielt die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/ Oder, Prof. Dr. Gesine Schwan. Sie erinnerte die knapp 1000 Gäste des Kongresses daran, dass bürgerschaftliches Engagement den Staat nicht ersetze, sondern ergänze. Bürgerengagement sei für das Funktionieren der Demokratie unverzichtbar, weil es die Politik inspiriere und beweglich mache.

Der Kongreß beschloß, im kommenden Jahr vorbildliches Engagement mit einem „Berliner Bürgerpreis“ auszuzeichnen. Zu den Initiatoren des Kongresses gehörten die Netzwerke BürgerKonvent, die Hauptstadtinitiative, der von CDU-Mitgliedern gegründete Gesprächskreis Hauptstadtunion, das Liberale Netzwerk und das Netzwerk 21, in dem sich junge SPD-Abgeordnete treffen. Von der stärkeren Vernetzung untereinander sollen neue Impulse für die Entwicklung einer lebendigen Berliner Bürgergesellschaft ausgehen. Jedes der Netzwerke soll die Patenschaft über Projekte zwischen Bildung und Kultur, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft und Medien in der Bürgergesellschaft übernehmen.

SR

Informationen: www.hauptstadtkongress-berlin.de

15. Januar ★★★ Hauptstadtkongress

„Ein Zeichen des Aufbruchs setzen“, das sollte der Berliner Hauptstadtkongress, zumindest wenn es nach dem Initiator **Dr. Johannes Bohnen** (Scholz & Friends Agenda) ginge. Doch wie kann die Hauptstadt nach vorne gebracht werden? Ausgiebig wurde darüber im Grand Hyatt Berlin am Potsdamer Platz diskutiert. Für wichtige Denkanstöße sorgte dabei Gastrednerin **Gesine Schwan**, die ein Plädoyer für Naivität brachte: „Denn ohne Naivität macht man keinen Anfang!“



Anpacken, aufbrechen, mitmischen!

Die Bürgergesellschaft organisiert sich.

Sie sind kaum noch aufzuhalten. Die Bürger machen sich auf den Weg. Treten der Politik auf die Füße, drängen sich in die Vorstandsetagen, rufen nach Beteiligung, mitmachen, einmischen. Sie denken über neue Formen der gesellschaftlichen Organisation nach oder helfen Drogensüchtigen. Sie klinken sich ein in Stadtplanung und Bildung und trotzen der Politik Bürgerhaushalte ab. Sie krempeln ihren Kiez um und spinnen Netzwerke. Längst sind die Facetten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland bunt wie ein Kaleidoskop. Und längst sind die Beteiligten nicht mehr nur saturierte Bürger. Doch es bleibt viel zu tun. Ein Bericht über Bürgernetzwerke von Anja Dilk.

Im Hyatt am Potsdamer Platz gleiten die gläsernen Eingangstüren lautlos auf und zu. Eilig strömen die Besucher in die lichte Empfangshalle, weiter zur Anmeldung, die Stufen in den ersten Stock hinauf. Eine Dame in dunkelblauem Kostüm bahnt sich, mit einer Glocke bimmelnd, den Weg durch die Umherstehenden. Der Hauptstadtkongress beginnt. Die Initiatoren, unter ihnen die Initiative Hauptstadt und die Scholz & Friends Agenda, haben Prominenz geladen. Gesine Schwan ist dabei und Jürgen Mlynek, Präsident der Humboldt-Universität, die Intendantin der Deutschen Oper Kirsten Harms, der Historiker Christoph Stölzel, Zukunftsdenker Bernhard von Mutius und Roger Köppel, Chefredakteur der Welt. Schließlich geht es hier nicht um irgendetwas. Die Bürgergesellschaft ist im Visier. Mehr denn je wird sie Thema in der kränkelnden Republik. Der Hauptstadtkongress soll dem bürgerschaftlichen Engagement einen Kick geben, in und für die Stadt, auch darüber hinaus. Die vielen Berliner und bundesweiten Bürgerinitiativen sollen zusammengeführt und vernetzt werden, damit freiwilliges Anpacken der Bürger mehr Power und die Bürgergesellschaft neue Impulse bekommt.

Vorgestellt: Bürgernetzwerke aus der Hauptstadt.

Die Lichtkegel kreisen fünf Herren im dunklen Zwirn ein. Auf dem Podium präsentieren die Vertreter von fünf großen Bürgernetzwerken der Stadt ihre Organisation. Viele von ihnen arbeiten überregional. Da ist die Hauptstadtinitiative Berlin, ein Bürgerverein, der einst für die Wahl Berlins zur Hauptstadt kämpfte und heute mit Entscheiderforen, Publikationen und Mitgliederstammtischen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Stadt ankurbeln will. Da ist der Gesprächskreis Hauptstadtunion, ein CDU-nahes Netzwerk, das sich nach dem Umzug in Berlin gebildet hat und über Gesprächskreise die Diskussionen über die Gestaltung der Metropole in Fahrt bringen möchte. Da ist die Stiftung Liberales Netzwerk, die in vielen deutschen Städten bürgerschaftlicher Eigeninitiative und liberalen Ansätzen Schwung geben möchte. Da ist der vor gut einem Jahr gegründete bundesweite Bürgerkonvent, der sich als Plattform für den Austausch zwischen den Bürgern versteht und gezielt auf politische Entscheidungsträger einwirken möchte. Und schließlich das Netzwerk 21, eine Initiative junger SPD-Mitglieder, die für Themen jenseits der aktuellen Tagespolitik eine Lanze brechen und Menschen außerhalb der SPD einen Zugang zu politischem Engagement verschaffen wollen.

Etablierte Runde, kleine Initiativen.

"Bürgergesellschaft? Das ist ja eine verdammt etablierte Runde hier, oder?", raunt ein Mittzwanziger im Publikum. Kein Wunder, denn Bürgergesellschaft hat viele Facetten. Es gibt jene, in deren Organisationen klingende Namen reichlich vertreten sind, deren Habitus sich harmonisch an die Kultur der politischen und wirtschaftlichen Eliten anzuschmiegen scheint, die Kontakte mit der Politik und die Zusammenarbeit mit Eliten im Blick haben, um etwas zu verändern. Es gibt andere, die ihre Foren nutzen, um über Kolumnen online und in Zeitungen vielleicht etwas anzustoßen, wie der Duisburger Anwalt Klaus Gebauer vom Liberalen Netzwerk. Und es gibt all jene Initiativen, die eher den "Blick auf die Menschen von der Straße haben", wie es Carola Schaaf-Derichs, Leiterin der Berliner Freiwilligenagentur, formuliert. Den Bürger, den Einzelnen vor Ort, mit seinem kleinen alltäglichen Ärger über Missstände, Fehlentwicklungen, Lücken. Vor den Türen des Konferenzsaals haben Dutzende Projekte ihre Infotische aufgebaut. Von der lokalen Agenda 21 Berlin über das Projekt Generationen aktiv bis zum Treffpunkt Hilfsbereitschaft. Kids der temporären Initiative Tulpen für Tische streifen mit bunten Flyern herum und werben für eine Spendenaktion am Valentinstag für die überforderten Berliner Schulen. Die gesamte Vielfalt ist die Stärke des Konzepts Bürgergesellschaft: Eine solche Gesellschaft ist plural, schwimmend, stets im Wandel begriffen.

"Wenn man von bürgerschaftlichem Engagement spricht, muss man unterscheiden zwischen zwei

grundsätzlichen Richtungen", sagt Leo Penta, Professor an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin. "Freiwilligendienste, das heißt, Bürger engagieren sich in verschiedenen Arten von Hilfe und Dienstleistungen, oft im sozialen Bereich. Und den Bürgergruppen, die nach Partizipation und mehr Einflussnahme im öffentlichen Raum über die Lobbyarbeit hinausstreben."

Wo ist Bedarf? Wer möchte was tun?

Beispiel eins: Treffpunkt Hilfsbereitschaft in der Torstraße Berlin-Mitte. Das alte Bürgerhaus, in dem Hans von Brosig einst seine Geschäfte abwickelte, ist vom Großstadtverkehr umtost. Eine schmale Treppe mit Sisalteppich führt in den ersten Stock. Zwischen Yucca, Ficus und Aktenordnern sitzt Carola Schaaf-Derichs und berät Freiwillige. "4. Berliner Freiwilligentag 2004" steht auf einem orange-blauen Plakat an der Wand. Seit 18 Jahren gibt es die Agentur, die Freiwilligenarbeit organisiert, vermittelt, Interessierte berät und über ihre Rechte und Pflichten aufklärt. Wo ist Bedarf? Wer möchte was tun? Wie können auch Unternehmen tätig werden? Jetzt, nach dem Hauptstadtkongress, stehen die Telefone nicht mehr still. Schaaf-Derichs und ihre Mitarbeiter können sich kaum noch retten vor Bürgern, die etwas tun wollen. Die Bereitschaft steigt von Jahr zu Jahr. 30 Prozent der Bevölkerung wollen anpacken, ähnlich viele sind es bundesweit. Meist kommen Männer zwischen 20 und 30 oder Frauen zwischen 40 und 50 Jahren. "Immer noch gilt bei uns ähnlich wie in den USA: Mittelschicht, weiß, gut gebildet. Nur würde man das hier mehr umschreiben", sagt Schaaf-Derichs. Sie ist seit 15 Jahren im Job und hat Umschreibungen längst nicht mehr nötig. Natürlich ist es zuweilen mühsam, Unternehmen vom Mitmachen zu überzeugen. Natürlich ist es manchmal anstrengend, mit geringen Mitteln Kongresse auf die Beine zu stellen und die Werbetrommel zu rühren. Der Treffpunkt ist zu 60 Prozent von der Stadt finanziert, das reicht gerade für das Gehalt der drei Mitarbeiter. 40 Prozent muss sie über "geldwerte Zusammenarbeit" mit Partnern heranschaffen. "Die Leute, die sich engagieren wollen, sind meist überrascht, was sie alles tun können." Sie können in der Suchtprävention mit Jugendlichen arbeiten oder als ehrenamtliche Bewährungshelfer, in der Nothilfe für Migranten, in der Zeitzeugenbörse oder als ehrenamtliche Märchenerzähler, Fortbildung inklusive. Sie können in Nachbarschaftsheimen mithelfen oder mit sozial ausgebildeten Tieren arbeiten, die Heimbewohner besuchen. "Es ist in unserer Gesellschaft immer noch nicht bekannt genug, was alles in Freiwilligenarbeit getan wird", sagt Schaaf-Derichs. "Das Thema sollte uns alle angehen. Warum nicht bürgerschaftliches Engagement zum Schulfach machen?"

Kooperation statt Konfrontation.

Beispiel zwei: Die Initiative lokale Agenda 21. 1997 entstanden auf Initiative einzelner Bürger als runder Tisch für Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung Berlins und Brandenburgs, im Dezember umgetauft zur Bürgerstiftung zukunftsfähiges Berlin, holen die Akteure der Agenda Interessenvertreter aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und bürgerschaftlichen NGOs zusammen, um Vorschläge für die Zukunft der Stadt zu erarbeiten. Kooperation statt Konfrontation. Mittlerweile gibt es Projekte auf neun Handlungsfeldern von Arbeit über Verkehr bis zu Partizipation. "Wir haben geschaut: Wo ist Bedarf? Dann: Wo haben wir Kapazitäten? Danach wurden in den Handlungsfeldern die Projekte gestrickt", sagt Erhard Müller, Moderator der Fachgruppe Partizipation. Müller ist von Anfang an dabei. Er hat die Agenda mit aus der Taufe gehoben. Im Hauptberuf Redakteur der Zeitschriften *Zukünfte* und *Zeitschrift für direkte Demokratie*, ist er nach langen Jahren bei den Grünen allmählich in die bürgerschaftliche Arbeit eingewachsen. Das Ziel hält ihn bei der Stange: die lokale Bürgerschaft an einer nachhaltigen Zukunftsentwicklung der Stadt zu beteiligen. "Es ist ja Unsinn, dass ehrenamtliches Engagement Engagement für nichts bedeutet. Drei Dinge müssen zurückkommen, und tun es mal mehr mal weniger: Anerkennung, Unterstützung durch den Staat, indem er die Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement schafft und, vor allem, Gestaltungsmacht abgibt. Das ist ein hoher Wert."

Bürgerbeteiligung abtrotzen.

Sicher, der Kampf der Bürgerinitiative für mehr Partizipation des Einzelnen beispielsweise ist mühsam. Nach einem Modell, das im brasilianischen Porto Alegre entwickelt und erprobt wurde, hat die lokale Agenda ein verzahntes Verfahren auf die Beine gestellt, um Bürger an der Vergabe von Haushaltsmitteln zu beteiligen. Es geht dabei freilich nicht um den ganzen Haushalt, sondern um das, was nach Abzug aller Verpflichtungen noch variabel ist, zehn bis 15 Prozent der Mittel. Die Idee: Erst den Haushalt transparent machen, dann unter anderem nach dem Zufallsprinzip Leute aus dem Bezirk einladen und in Bürgerversammlungen mitbestimmen lassen. Entscheidend ist: Ist die Bürgerbeteiligung Spielwiese oder ein ernstzunehmendes Votum? "Deshalb müssen die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung formal legitimiert

in ein parlamentarisches Entscheidungsverfahren einfließen", sagt Müller. "Über eine Selbstverpflichtung des Parlaments etwa oder Obleute, denen Einbringungsrechte übertragen werden. Instrumentarien gibt es mittlerweile genug." Leicht ist es nicht, so eine Beteiligung durchzusetzen, schließlich trotzt sie der Politik einen Teil ihrer originären Zuständigkeit ab: die Hoheit über die Verteilung der Mittel. Mit viel Beharrlichkeit hat die Initiative unter anderem mit Unterstützung der Bundeszentrale für Politische Bildung inzwischen Einiges erreicht. Im Februar startet der Bezirk Lichtenberg mit der Bürgerpartizipation, 2006 wollen zwei weitere zustimmen. Auch in anderen Städten sind solche Bürgerhaushalte schon Realität.

Mittelschicht im Visier.

Die alte Dame in cremefarbener Strickjacke steht auf und geht ans Mikrophon. "Was nutzen uns Hauptstadtkongresse, wenn sie nicht von unten kommen?", ruft sie aufgebracht. "Und was nützen Paneldiskussionen und tolle Konzeptpapiere, wenn die Parteien kein Interesse an ihnen haben?", fügt ein anderer hinzu, der fürs Bundeswirtschaftsministerium arbeitet, wie er sagt. Der Mittzwanziger, der sich zu Beginn über die etablierte Runde im Hyatt-Ballroom mokierte, grinst. "Solche Fragen kommen hier nur am Rande vor. Wenn über Bürgergesellschaft diskutiert wird, meinen die meisten eben doch nur eine Gesellschaft der bürgerlichen Mittelschicht. Aber wo bleiben die anderen?" Leo Penta beschäftigt diese Frage seit beinahe 30 Jahren. "Wenn wir von Bürgergesellschaft reden, dürfen wir nicht nur an die Menschen denken, die es ohnehin gewohnt sind, sich zu äußern. Wenn wir nicht die bildungsfernen, unteren Schichten in die Bürgergesellschaft reinholen, wird sie eine Parodie von sich selbst", sagt der Professor von der Katholischen Hochschule für Sozialwesen. "Wir dürfen die armen Viertel in den Städten nicht aus dem Blick verlieren." 20 Jahre lang hat Penta als Community Organizer in den USA gearbeitet und lokal verankerte Bürgerplattformen aufgebaut, an denen sich gerade sozial Schwächere beteiligt haben.

Bürgerschaft von unten.

Seit drei Jahren macht Penta Ähnliches in Berlin-Schöneeweide, einem sozialen Brennpunktbezirk der Stadt. Broadbased Community Organizing ist eine Form der Selbstorganisation, die bürgerschaftliches Engagement auf breiter gesellschaftlicher Basis von unten aufbauen will. "Wir wollen Menschen befähigen, ihr eigenes Leben in die Hand zu nehmen, das gesellschaftliche Zusammenleben und das öffentliche Leben gemeinsam mit anderen zu gestalten. Gerade Menschen, die darin nicht so geübt sind und sich das nicht zutrauen, kann man mit diesem Ansatz mobilisieren, wenn sie merken, dass auch sie tatsächlich etwas verändern können." Der Weg: Durch Gespräche und Kontakte, Bürgertreffen und direkte Ansprachen von örtlichen Verbänden und Gruppen erst eine aktionsbereite Bürgerschaft herstellen, dann überlegen, was zu tun ist, dann die Politiker einladen oder besuchen und die Anliegen vorbringen - beharrlich. Penta: "Es dauert zwei bis drei Jahre, so eine Plattform herzustellen, die nachhaltig an Gesamtkonzepten arbeiten kann. Aber nur so können wir das Potential bergen, das durch Frust, schwierige soziale Verhältnisse und Politikverdrossenheit verloren geht." Eine Art motivierende Netzwerkarbeit, die sehr effektiv ist. Die Plattform Organizing Schöneeweide hat bereits einiges erreicht. Auf ihren Druck bekam Schöneeweide den Zuschlag für den Ausbau des Campus der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, eine zentrale Entscheidung für die Zukunft eines Stadtteils mit hoher Arbeitslosigkeit. Mittlerweile hat Penta ähnliche Projekte in Berlin-Karlshorst und Hamburg angeschoben.

Riesige Bandbreite.

Die Bandbreite bürgerschaftlichen Engagements ist riesig. Was der Freiwilligensurvey der Bundesregierung bereits gezeigt hat, bestätigt sich bei einem Blick auf die Vielfalt der Initiativen. Die Frage ist: Wie kann man die unterschiedlichen Gruppen vernetzen, wie ihre Aktivitäten fördern, was kann man tun, damit eine lebendige Bürgergesellschaft entsteht, die alle integriert? "Die Bürgergesellschaft hat sich noch nicht verfasst", sagt Carola Schaaf-Derichs von der Freiwilligenagentur. "Wir brauchen Leitwerte, müssen mehr zusammenarbeiten und uns stärker vernetzen. Obwohl es mittlerweile allein in einer Stadt wie Berlin neun weitere Freiwilligenbörsen gibt, hat sich immer noch nichts Wesentliches geändert." Damit sich etwas tut, haben sich im vergangenen Jahr viele Bürgerschaftsorganisationen an den "Runden Tisch zur Förderung des freiwilligen Engagements in Berlin" gesetzt und eine Charta zum bürgerschaftlichen Engagement entworfen. Bürgerengagement sei unverzichtbarer Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft, dürfe nicht Lückenfüller für den Abbau sozialstaatlicher Leistungen sein und müsse vom Staat unterstützt werden, heißt es da. Eine sehr allgemeine Richtschnur, aber ein Anfang. Schaaf-Derichs: "Wir versuchen zurzeit die

landesweit tätigen Netzwerke wie die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen zu vernetzen und darüber möglichst viele Beteiligte einzubinden und eine Community aufzubauen."

Führung oder Pluralität?

Wie so eine Vernetzung aussehen sollte, ist strittig. So unterschiedlich die bürgerschaftlichen Ansätze, so unterschiedlich ist ihre Position. "Es reicht nicht, wenn wir Bürgerbewegte in der Gesellschaft haben. Wir müssen an die von Pierers dieser Welt rankommen, an ihre Ressourcen, ihre Kontakte, ihre Apparate", so Rolf Kiefer, Vorstandsvorsitzender der Aktiven Bürgerschaft, einem bundesweiten Kompetenzzentrum für bürgerschaftliches Engagement auf Initiative der Volks- und Raiffeisenbanken. Die Aktive Bürgerschaft hat bundesweit 25 Bürgerstiftungen beim Aufbau beraten und unterstützt, die einen breiten Strauß von Projekten fördern. Kiefer plädiert für eine festere organisatorische Form, ein gemeinsames Dach der engagierten Bürger, zum Beispiel in Form eines Corporate Citizenship Centers, das Unternehmen und Privatleute berät und ausbildet auf dem Weg zu einem "zeitgemäßen bürgerschaftlichen Engagement". Kiefer: "Wir brauchen den Schulterschluss, um den Druck auf die Politik zu verstärken, müssen Bürger kompetent fortbilden und uns mehr organisieren, zum Beispiel in Bürgerschaftsparlamenten - ohne in Parteistrukturen zu rutschen." Braucht die Bürgergesellschaft also eine Führung? Carola Schaaf-Derichs freilich ist davon nicht überzeugt. "Bürgergesellschaft braucht Pluralität, die einzelnen Gruppen müssen weiter unabhängig walten können. Eine Zentralisierung und feste, große Strukturen schrecken den Einzelnen eher ab."

Alle ins Boot holen.

Im Hyatt werden die Stühle zusammengerückt. Das Büfett ist abgeräumt. Viele Fragen schwirren noch durch den Raum. Mit welchen Mitteln sorgt man am besten dafür, die Beteiligung bürgerschaftlicher, schließlich nicht demokratisch legitimierter Gruppen in das repräsentative System rechtlich und gesellschaftstheoretisch einzubinden? Welche organisatorischen Rahmenbedingungen müssen noch geändert werden, um die Bürgergesellschaft zu fördern? Das Stiftungs- und Steuerrecht, die Gemeinnützigkeitsvorschriften zum Beispiel. In einem Land, das in der Tradition einer (Obrigkeits-)Staats- und Verbändegesellschaft lebt, fernab der Zivilgesellschaft, hat es die Bürgergesellschaft schwer. Aber gerade hier ist sie auch eine Chance: Für mehr Gemeinnutzen und Identifikation mit dieser Gesellschaft. Gerade für diejenigen, die bisher die Chance nicht hatten, weil sie an ihrem unteren Ende leben müssen oder eine andere Herkunft haben. Die Bürgergesellschaft kann viel bewegen, aber auch viel, wie Leo Penta sagt, an den Bürgern vorbei. Damit das nicht passiert, müssen wir alle Mitglieder der Gesellschaft ins Boot holen. Um im Großen oder im Kleinen gemeinsam etwas zu verändern.

Weitere Informationen:

<http://www.hauptstadtkongress-berlin.de/>

<http://www.freiwilligenagentur-berlin.de/>

<http://www.initiative-hauptstadt.de/>

<http://www.hauptstadtunion.de/>

<http://www.liberalesnetzwerk.de/>

<http://www.buergerkonvent.de/>

<http://www.n21-berlin.de/>

<http://www.aktive-buergerschaft.de/>

<http://www.agendaforum.de/>

Anja Dilk ist Redakteurin bei changeX.

© changeX [26.01.2005] Alle Rechte vorbehalten, all rights reserved.

"Das ist ein Zeichen des Aufbruchs"

Kongreß lobt Bürgerpreis aus

"Was möglich ist, mache ich! In der Freizeit engagiere ich mich im Präventionsrat Schöneberg." So wie Beate Stoffers denken viele Menschen in Berlin. Daß es ohne Eigeninitiative nicht geht, ist auch bei Bürgern in der Hauptstadt angekommen. Es scheint, als stelle sich endlich ein Bewußtseinswandel ein. Knapp 1000 Menschen kamen am 15. Januar eigens zum ersten Hauptstadtkongreß ins Hotel "Grand Hyatt".

"Das ist ein Zeichen des Aufbruchs", interpretierte Kongreß-Initiator Johannes Bohnen die Ergebnisse. "Wir wollten zeigen: Nicht nur Menschen mit Geld, jeder kann etwas bewegen."

Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten sind immer mehr Leute bereit, sich freiwillig zu engagieren. "Wir schaffen die strategischen Voraussetzungen, damit sich eine vernetzte und produktive Bürgergesellschaft entwickeln kann", so Bohnen. Enttäuschend fiel freilich die Resonanz aus der Politik aus: Mieke Senftleben (FDP) interessierte sich anscheinend als einzige von 141 Abgeordneten für das Bürgertreffen.

Zahlreiche neue Projekte hätten sich Bohnen zufolge schon zusammengefunden. Erstes konkretes Ziel: Das beste Konzept wird in einem Jahr den "Berliner Bürgerpreis" für vorbildliches ehrenamtliches Engagement erhalten.

Manch einer holte sich auf dem Kongreß erste Ideen. "Ich finde Berlin einfach toll", bestätigt Kerstin von Appen. "Deshalb orientiere ich mich hier, wie ich mich selbst engagieren könnte." Christian Hieronimi verbrachte den gesamten Tag auf dem Kongreß, "aus Liebe zur Stadt Berlin", wie er sagt. Der junge Anwalt setzt sich ehrenamtlich für Strafgefangene im Rahmen der Moabithilfe ein.

Der Wille zu freiwilligem Engagement ist demzufolge vorhanden. Bisweilen überschneiden sich gar Projekte, weil sie nichts voneinander wissen. "Genau an dieser Stelle wollen wir ansetzen", erklärt Bohnen. "Auf dem Kongreß sollen sich diejenigen, die sonst wenig miteinander zu tun haben, austauschen." Der Anfang ist gemacht.

Und doch blieben auch viele skeptisch: "Ich hätte mir von der Veranstaltung stärkere Anstöße und positive Vorreiter gewünscht", beanstandete eine Besucherin. "Wie politisch ist das hier?", fragte sich Wissenschaftler Oliver Schmidt. Der überparteiliche Anspruch, sagt er, sei zweifelhaft.

Zukunftsdenker Bernhard von Mutius motivierte in seinem Vortrag mit frischen Ansätzen: "Neues entsteht an den Rändern. Wir müssen das Nicht-Mögliche denken." Zum Beispiel Wirtschaftsexperten, die in Problemschulen aus der Praxis berichten und sinnvolle Freizeitaktivitäten für Jugendliche organisieren. So könne jeder sein Know-how an geeigneter Stelle einsetzen. Roger Köppel, Chefredakteur der "Welt", schlug regelmäßige Ehrenamts-Rubriken in den Berliner Tageszeitungen vor.

"Die Menschen werden nicht durch einen Kongreß zum Handeln animiert, sondern durch Emotionen angesprochen", zweifelte Bundestagsmitarbeiter Stefan Frucht. Freilich wirken emotionale Anreize zumeist nur kurzfristig.

Das Ziel der Hauptstadtinitiative ist es hingegen, nachhaltige Projekte zu schaffen. "Dieser Kongreß darf schließlich kein Strohfeuer bleiben", mahnt Bohnen. Das Publikum aus dem liberal-konservativen Spektrum scheint jedenfalls motiviert. In einem Jahr wird Bilanz gezogen.

-Infos: www.hauptstadtkongress-berlin.de, www.freiwilligenagentur-berlin.de, www.beeport.de, Melanie Roth

„Berlin hilft sich selbst“

Ein Kongreß zeigt, wie sich bürgerschaftliches Engagement in der Hauptstadt ausbreitet / Von Mechthild Küpper

BERLIN, 16. Januar. Am Samstag morgen zeigte sich, daß der PR-Mann Johannes Bohnen den richtigen Riecher gehabt hatte: Der Ballsaal des Hotels am Potsdamer Platz war voll. „Berlin hilft sich selbst“ behauptete der Titel des „Hauptstadtkongresses“, den Bohnen gemeinsam mit fünf politischen Gesprächskreisen organisiert hatte. Einen Tag lang machten sich 800 Menschen ein Bild vom Stand des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin. Erstaunlich war nicht, wie viele Initiativen, Netzwerke und Mäzene es gibt – in einer Millionenstadt leben auch wohlthätige Menschen –, sondern, wie viele der Aktiven erst dort voneinander erfuhren.

Viele kennen den Unternehmer Hans Wall, der Berlin schöne Bushaltestellen und saubere öffentliche Toiletten brachte. Wall hat einen guten Namen, weil er städtische Brunnen wieder sprudeln ließ und den Kurfürstendamm weihnachtlich beleuchtete, was die Ladenbesitzer sich nicht mehr leisten mochten. In seinen Bushäuschen warben Plakate für den Kongreß: Der schwarze Bär, Berlins Wappentier, krempelt die Ärmel auf. Wenige wissen, wie bescheiden und charmant Wall für Wohltätigkeit werben kann: Mehr Öff-

entlichkeit sei dafür nicht nötig, sagte er. Berlins Schwierigkeiten würden jeden Tag in den Zeitungen beschrieben – es komme darauf an, sich davon angesprochen zu fühlen. Denen, die hier wirtschaftlich Erfolg hätten, müsse Berlin „etwas wert sein“. Die Kulturschätze der Stadt seien „doch alle noch vergraben“; sie heben zu helfen mache jedenfalls „verdammt viel Spaß“.

Der amerikanische Priester Leo Penta dagegen sprach von „viel Arbeit“ und von „harter Arbeit“. Bürgerplattformen, die er als Modell von Selbstorganisation sieht, müßten große Anstrengungen leisten, um an die notwendigen Mittel zu kommen. Pentas „Community Organizing“, das er aus New York mitgebracht hat, erweist sich seit einigen Jahren als Segen für den Stadtteil Oberschöneweide, wo nach der Revolution 20 000 Industriearbeitsplätze verloren gingen. Schöneweide könnte nach Pentas Meinung als „Referenzprojekt“ für ganz Berlin dienen. „Community Organizing“ ist das Gegenteil von Bürgerinitiativen, weil es dabei nicht um ein einziges Anliegen geht. Und es ist das Gegenteil des „Quartiersmanagements“, das der Senat in besonders konfliktgefährdeten Stadtteilen finanziert. „Von innen und von unten“ müsse das Engagement kommen;

es sei eine auf Dauer angelegte Form der Selbstorganisation. Wo sich genügend viele Bürger einigen, wofür sie sich einsetzen werden, können sie, wie in Oberschöneweide gelungen, selbst im armen Berlin eine Fachhochschule in verlassenen Fabrikhallen ansiedeln. Oder sie erreichen mit jahrelangem Engagement, wie die Leiterin der Kreuzberger Ferdinand-Freiligrath-Schule, Hildburg Kagerer, berichtete, daß die Regierung es unterstützt, wenn Lehrer, Eltern und „Dritte“ die Schüler bei ihren Stärken packen und nicht mehr bei ihrem Versagen. Pentas Berlin besteht nicht aus den repräsentativen Plätzen und Gebäuden, sein Interesse gilt den Wohnquartieren. Gerade suchen Bürger in Karlshorst, einer wohlhabenden und ruhigen Gegend in Ost-Berlin, nach den richtigen Themen für ihre Bürgerplattform. „Community Organizing“ eignet sich nicht nur für die materiell Bedrängten. Penta machte auf die politische Dimension aufmerksam: Das „Einmischen in die öffentlichen Angelegenheiten“ habe nur am Rande mit freiwilliger Arbeit zu tun.

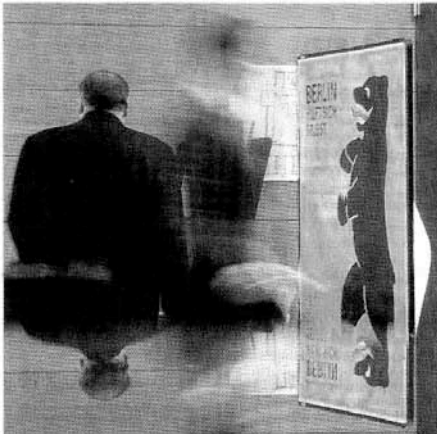
Gesine Schwan, die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), erinnerte daran, wie groß und schwer die Aufgabe war, die sich der Berli-

ner Politik nach 1989 stellte. Und sie warnte davor, Zivilgesellschaft gegen Politik auszuspielen; demokratische Legitimation entstehe schließlich aus Wahlen. Verlorenes Vertrauen aber könnten Individuen leichter zurückgewinnen als Institutionen, und in dem Sinne wünschte sie den versammelten Engagierten die für einen Neuanfang notwendige Naivität. Der Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses Christoph Stöhlz forderte dazu auf, die „Parallelsysteme der Parteien“ zu „besetzen“ so wie vor zwanzig Jahren alte Häuser.

Die Bürgergesellschaft ist keine reine Spielwiese für Gutmenschen und Amateure; sie hat längst ihre Profis. Rupert Graf Strachwitz etwa hat an der Humboldt-Universität das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft gegründet. Seiner Beobachtung nach bekommen in Konflikten mit der Verwaltung zwar oft „die größten Bedenkenträger, Angsthasen und Faulpelze“ recht. Belohnungen, gar Rentenanwartschaften für ehrenamtliche Arbeit aber lehnt er ab: Gesellschaft und Politik sollten eine „gleichrangige Partnerschaft“ eingehen, in dem jeder Sektor eigenen Gesetzmäßigkeiten gehorche. Bürgerengagement müsse „in sich ruhen“.

Dem Trübsinn ein Ende

Beim ersten Hauptstadtkongress versprachen sich Ehrenamtliche gegenseitige Hilfe / Nächstes Jahr soll ein Bürgerpreis verliehen werden



Der Berliner Bär krempelt die Ärmel hoch für ehrenamtliches Engagement.

VON ANNE VORBRINGER

Ich weiß nicht, warum mir in einer wunderbaren Stadt wie Berlin so viele Menschen begegnen, die aussehen, als ob sie in der Nacht ihre nächsten Verwandten verloren haben.“ Das sagte Dagnar Reim, Intendantin des Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB), auf dem ersten parteiübergreifenden Hauptstadtkongress. 800 Teilnehmer aus Verbänden, Stiftungen und Bürgerinitiativen hatten sich am Sonnabend im großen Ballsaal des Hotels Grand Hyatt am Potsdamer Platz versammelt, um sieben Stunden lang unter dem Motto „Berlin hilft sich selbst“ eine neue Aufbruchstimmung zu erzeugen und Abstand zu nehmen von Larmoyanz und Meckerkultur.

Fünf Bürger-Netzwerke riefen dazu auf, sich zusammen zu tun, um gemeinsam effektiver zu arbeiten: Die Initiative Hauptstadt, die Stiftung Liberales Netzwerk, der Bürgerkonvent, der Gesprächskreis Hauptstadtunion, der von CDU-Mitgliedern gegründet wurde und das Netzwerk N 21, in dem sich junge SPD-Abgeordnete treffen. Organisiert wurde der Kongress von der

PR-Tochter der Werbeagentur Scholz & Friends. Deren Geschäftsführer Johannes Bohnen hatte Großes vor: „Berlin verkauft sich unter Wert, ist oft kleinmütig und trübsinnig. Wir wollen die Stadt wieder aktivieren.“

Professorin fordert mehr Naivität

Der Aufruf ging vor allem an die Bürger. Diese sollten sich mehr für ihre Stadt engagieren. Viele tun das bereits: Jeder vierte Berliner ist ehrenamtlich tätig. „Wir wollen Netzwerke zusammenbringen und die Projekte, die bereits bestehen, präsen- tieren“, sagte Sandra Hildebrandt vom Netzwerk N 21. In Gesprächsreisen der Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Kultur und Bildung wurden verschiedene ehrenamtliche Initiativen und Projekte vorgestellt, die es schon jetzt in Berlin gibt.

Gastrednerin Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), sprach sich für mehr Naivität aus, denn „ohne Naivität macht man keinen neuen Anfang.“

Nach fünf Gesprächskreisen, zwei Kurzfilmen und drei Gastvor-

trägen präsentierten die einzelnen Netzwerke dann ihren Aktionsplan. Beim nächsten Hauptstadtkongress im kommenden Jahr soll demnach ein Berliner Bürgerpreis für vorbildliches ehrenamtliches Engagement vergeben werden.

Der Präsident der Berliner Industrie- und Handelskammer (IHK) Eric Schweitzer will Firmen dazu bewegen, mehr Praktika für Bachelor-Studenten anzubieten. Hans Wall, Vorstandsvorsitzender der Wall AG, gibt seinen Mitarbeitern nach eigenen Angaben sogar eine Gehaltserhöhung, wenn sie in einem Ehrenamt tätig sind und will auch weiterhin dafür sorgen, dass der Kuckuck zu Weihnachten leuchtet. Und die neu vernetzten Initiativen wollen mit der BVG über 1000 kostenlose Jahreskarten für ehrenamtlich engagierte Bürger verhandeln.

Zu guter Letzt gab es dann aber doch noch was zu meckern: Herbert Grönemeyer, der aus London eine Videobotschaft unter dem Titel „Dem Trübsinn ein Ende“ beisteuern sollte, hatte dann doch keine Zeit gefunden, der Stadt ein paar aufmunternde Worte zu senden.

Freiwillige Arbeit

25 Prozent der Berliner sind ehrenamtlich in Sportvereinen, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien oder sozialen Gruppen tätig. Bei den 14- bis 24-Jährigen leisten 37 Prozent freiwillige Arbeit.

Schulen: Das Projekt „KidS – Kreativität in die Schule“ entstand 1990 an der Kreuzberger Ferdinand Freiligrath-Oberschule. 14 Stunden pro Woche verbringen die Schüler in Kursen, die sie selbst wählen können, etwa zum Thema Theater oder Natur. In Zusammenarbeit mit Künstlern und anderen Berufsgruppen soll der Bezug der Schule zur Praxis hergestellt werden.

Wirtschaft: In dem Projekt der Industrie- und Handelskammer (IHK) „Schule-Betrieb“ übernehmen Unternehmen mehr als 100 Patenschaften für Schulen. Die Wall AG lässt zu Weihnachten den Kuckuck erleuchten und bringt stillgelegte Brunnen wieder zum Sprudeln.

Kultur: Die Werkstatt der Kulturen in Neukölln ist aktiv in der Jugendarbeit tätig und veranstaltet den Karneval der Kulturen mit 4000 Akteuren aus aller Welt.

hauptstadtkongress

Schmoren im eigenen Saft

"Als ich da unten saß, dachte ich, ich sitze in einer CDU-Veranstaltung", hat Gesine Schwan gesagt. Damit wollte die Präsidentin der Europa-Universität nicht auf die Inhalte des Hauptstadtkongresses anspielen, sondern auf die langen Reihen der Anzugträger im Publikum. Denn es stellte sich die Frage, ob der erste Hauptstadtkongress tatsächlich jene Menschen angesprochen hat, die erreicht werden sollten: Menschen, die sich freiwillig engagieren und konkrete Projekte voranbringen wollen.

KOMMENTAR VON PHILIPP DUDEK

Es gibt bestimmt andere Orte in Berlin, die mehr Assoziationen bürgerschaftlichen Engagements auslösen als das Grand Hyatt Hotel am Potsdamer Platz. So nahm es nicht wunder, dass im Grand Ballroom des Hotels auch eher Unverbindlichkeiten ausgetauscht wurden, als dass über das erklärte Ziel des Kongresses gesprochen wurde: Wie lassen sich mehr Berliner zu freiwilligem Engagement für die Zukunft ihrer Stadt aktivieren?

Denn Vorschläge, die Ehrenamtlichen mit kostenlosen BVG-Jahrestickets auszustatten oder für das Ehrenamt bürokratische Hürden aus dem Weg zu räumen, laufen ins Leere, solange sich die Menschen nicht für eine solche Aufgabe motivieren können. Dafür fehlt es sicherlich auch an einer angemessenen Vernetzung der Freiwilligeninitiativen und an zentralen Anlaufstellen. Wer sich tatsächlich in Berlin ehrenamtlich engagieren will, hat die Wahl zwischen unzähligen Organisationen, Vereinen und Initiativen. Eine regionale Kontaktbörse - wie sie bereits in Charlottenburg existiert - die Freiwillige an Initiativen vermittelt, würde mit Sicherheit den Einstieg ins Ehrenamt erleichtern. Ein Grundstein dafür wurde auf dem Kongress gelegt.

Jetzt ist es an der Zeit, über Konzepte nachzudenken, die noch mehr BerlinerInnen für das Ehrenamt begeistern können. Solange aber auf einem Hauptstadtkongress nur über die eigenen Projekte diskutiert und das eigene Engagement gelobt wird, schmoren die Teilnehmer im eigenen Saft.

taz Berlin lokal Nr. 7566 vom 17.1.2005, Seite 21, 69 Kommentar PHILIPP DUDEK, Lokalspitze

taz muss sein: Was ist Ihnen die Internetausgabe der taz wert? Sie helfen uns, wenn Sie diesen Betrag überweisen auf: taz-Verlag Berlin, Postbank Berlin (BLZ 100 100 10), Konto-Nr. 39316-106

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

zurück

Bürger verlieren den Anschluss

Rund 1.000 Teilnehmer suchten auf dem Hauptstadtkongress nach Wegen, freiwilliges Engagement zu fördern. Konkrete Projekte wurden kaum angestoßen, manche Bürger sahen sich völlig ignoriert

VON IWONA KALLOK
UND PHILIPP DUDEK

In der Mitte des großen Kongresssaals steht eine alte Frau aus dem Publikum am Mikrofon: "Was nutzen die ganzen Hauptstadtkongresse, wenn sie nicht von unten kommen!", fragt sie Richtung Podium. "Ich kann die Leute in meinem Freundeskreis nicht motivieren, sich zu engagieren. Ich bin enttäuscht darüber, dass dieses Problem hier überhaupt nicht angesprochen wurde." Die knapp 1.000 Anzugträger im Grand Ballroom des noblen Grand Hyatt am Potsdamer Platz sind jetzt ganz still. Ihre Augen richten sich auf das Podium. "Vielen Dank für Ihren Beitrag", sagt dann Johannes Bohnen, Mitinitiator des Hauptstadtkongresses.

Bemerkungen alter Damen passen offenbar nicht in die Verabschiedung eines Impuls- und Aktionsplans. Stattdessen diskutieren die Vertreter der fünf Träger-Netzwerke des Hauptstadtkongresses jetzt mit den Krawattenträgern über bilinguale Erziehung, freie Schulwahl und über die stärkere Vernetzung von Freiwilligeninitiativen.

Eigentlich sollten auf der Veranstaltung am Samstag neue Wege gefunden werden. Wege, bürgerliches Engagement zu stärken, bürokratische Hindernisse zu umgehen und die intellektuellen und sozialen Ressourcen Berlins zu nutzen. "Berlin hilft sich selbst" war das Motto des Kongresses. Doch erst mal wurde vor allem viel geredet. Kongress-Initiator Johannes Bohnen, Ex-CDU-Sprecher und heute Geschäftsführer von Scholz & Friends Agenda, forderte in seiner Begrüßung die Vernetzung von "bürgerlichen Kreisen". Stargast Gesine Schwan, Rektorin der Viadrina-Universität in Frankfurt (Oder), dozierte über die theoretischen Grundlagen einer Bürgergesellschaft und stellte fest: "Im Vertrauen auf die Zivilgesellschaft liegt die Zukunft." Bürgerengagement sei für das Funktionieren einer Demokratie unverzichtbar. Zukunftsdenker Bernhard Mutius philosophierte darüber, "wie wir auf der schwankenden Komplexität der Realität überleben können". Da hatten einige ältere Damen einer Senioren-Initiative bereits den Saal verlassen. "Zu langweilig, mit so viel Theorie locken Sie in den Kiezen keinen Hund vor die Tür."

In den anschließenden Panels wurden dann einige praktische Ideen in die Runde geworfen. Zum Beispiel ein kostenloses BVG-Jahresticket für freiwillige Helfer. Oder eine Ehrenamtsrubrik in den großen Berliner Tageszeitungen. Aber für die Zuhörer aus Berliner Bürgerinitiativen war das zu wenig.

"Es gab zu viele staatstragende Reden. Man sollte Vernetzung nicht nur kommunizieren, sondern auch praktizieren", so ein Mitglied des Arabischen Kulturvereins aus Neukölln. "Es ist gerade das Stehen mit der Tasse in der Hand, das Menschen zusammenbringt." Und das war am Samstag nur eingeschränkt möglich. Eine Tasse Tee für die Zuhörer gab es nur in der Mittagszeit. Vorher bestand Ausschankstopp, und Punkt zwei Uhr räumten Hostessen und Hosts Lachshäppchen, Tiramisu in Vanillesoße und die Getränke wieder ab.

"Das hier ist echt nicht bürgernah. Die Parteien wollen sich wahrscheinlich mit dem Engagement der Bürger schmücken", meint Sven Gramstadt, Student für Gemeinwesen. Konkret wurde die Veranstaltung erst am Ende. Der Kongress beschloss, noch in diesem Jahr vorbildliches Engagement mit einem "Berliner Bürgerpreis" auszuzeichnen. Außerdem wollen sich die fünf Trägernetzwerke stärker vernetzen. Doch das erklärte Ziel, mehr Berliner zu freiwilligem Engagement für die Zukunft ihrer Stadt zu bewegen, kam nicht mehr zur Sprache. Daran konnte auch das beharrliche Nachfragen älterer Damen nichts ändern.

taz Berlin lokal Nr. 7566 vom 17.1.2005, Seite 21, 121 TAZ-Bericht IWONA KALLOK / PHILIPP DUDEK

taz muss sein: Was ist Ihnen die Internetausgabe der taz wert? Sie helfen uns, wenn Sie diesen Betrag überweisen auf: taz-Verlag Berlin, Postbank Berlin (BLZ 100 100 10), Konto-Nr. 39316-106

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

Ohne Bürger geht es nicht

Eine Art „Jam Session“: Der Hauptstadtkongress tagte – 2006 soll ein Bürgerpreis verliehen werden

VON KAI RITZMANN

Rund 1000 Teilnehmer debattierten am Wochenende Chancen und Ziele bürgerschaftlichen Engagements. Steuern zahlen, so der Tenor, reiche nicht. Man müsse auch etwas tun. Denn die Zukunft liege im freiwilligen Dienst. Der allerdings muß organisiert werden.

Ganz schummerig muß den zwei Bären geworden sein. Wie Gallionsfiguren standen sie rechts und links des Rednerpults und schwiegen mannhaft. Die beiden, unverkennbar Exemplare des Berliner Wappentiers, hatten tatendurstig die Ärmel aufgekrempt und symbolisierten damit graphisch eindrucksvoll das Motto dieses ersten Hauptstadtkongresses: „Berlin hilft sich selbst“. Doch vor der Diskussion über konkrete Hilfen stand erst einmal eine geballte Ladung Theorie. Dies durchzustehen, brauchte es schon ein ziemlich dickes Fell.

Es ging um die Stärkung der Bürgergesellschaft und jene Aufgaben – oder Pflichten? –, die dem einzelnen zufallen, wenn der Staat sich nicht für alles und jeden verantwortlich zeigen kann und soll. Es ging um Verantwortung und eine Kultur des Aufeinanderzugehens, um Engagement, Vernetzung und Nachhaltigkeit, darum, der Politik Feuer unter den Hintern zu machen. Und am Ende ging es sogar um Berlin.

Der Kongress war angetreten, den „Mut zur Selbsthilfe“ zu stärken, doch ob dies zum Beispiel eher in den Parteien, mit den Parteien oder gegen die Parteien geschehen soll, blieb unstritten. Aus dem Berliner Abgeordnetenhaus jedenfalls fand nur eine einzige Vertreterin den Weg ins Hyatt. Auch der Vertreter des Senats ließ sich entschuldigen. Eklatanter hätte der Graben zwischen Politik und Verwaltung auf der einen und dem versammelten Bürgersinn auf der anderen Seite kaum demonstriert werden können.

In ihrem Grundsatzreferat plädierte zunächst Gesine Schwan für eine konstruktive „Naivität“, denn aus ihr erwachsen dann „Visionen“. Anschließend sollte das Auditorium eine Videobotschaft von



Im Reichstag tummeln sich die Politiker, dem Hauptstadtkongress blieben sie eher fern

FOTO: BILDERBERG

Herbert Grönemeyer empfangen, doch die Botschaft blieb aus; der Künstler hatte andere Sorgen. Den nun auch im Publikum dringend gebotenen Optimismus wollte der „Zukunftsdenker“ Bernhard von Mutius wecken. Er rief auf, „Grenzen einzureißen“ und „Brücken zu bauen“, denn nur durch gemeinsame Denkanstrengungen könne es zu neuen „Gemeinschaftsleistungen“ kommen. In dem Hauptstadtkongress erkannte er eine Art intellektueller „Jam Session“, der viele weitere folgen mögen. Ein bißchen Berlin kam auch zur Sprache, etwa in Form des verdeckten Wahlkampfs (durch den Vertreter der CDU-nahen „Hauptstadtunion“).

Dabei hatte Johannes Bohnen von der Werbeagentur „Scholz & Friends“ bereits zur Begrüßung ein düsteres Bild von Berlin gemalt: „Die Probleme sind so groß, daß die Politik allein sie nicht lösen kann.“ Die Hauptstadt, so Bohnen, bleibe „hinter ihren Möglichkeiten zurück“. Nun hätten die Bürger „gar keine andere Wahl“, als selbst tätig zu werden.

Eine konkrete Maßnahme konnte der Kongress am Ende jedoch vorsehen: In einem Jahr, wenn die Veranstaltung ihre Fortsetzung findet, soll ein „Bürgerpreis“ verliehen werden. Er wird als Anerkennung für Dienste an der Allgemeinheit verstanden.

Die Organisatoren des Kongresses

Liberales Netzwerk: Die Stiftung versteht sich als Bürgervereinigung, die liberale Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft parteiunabhängig stärkt. Kontakt: www.libnet.de

Bürgerkonvent: Der Verein ist eine nationale Bürgerbewegung, die überparteilich, unabhängig und gemeinnützig arbeitet. Kontakt: Tel. 0228/ 90 24 10, info@buenger-konvent.de, www.buenger-konvent.de

Initiative Hauptstadt Berlin: Die IHB will Neu- und Alt-Berlinern eine Plattform für Ideen und Projekte bieten. Kontakt: Tel. 030/

67110 16, service@initiative-hauptstadt.de, www.initiative-hauptstadt.de

Gesprächskreis Hauptstadtunion: Die Initiative wendet sich an Mitglieder und Sympathisanten der Berliner CDU, die einen Beitrag für Berlin leisten wollen. Kontakt: www.hauptstadtunion.de

Netzwerk N 21: Das Netzwerk hat sich in der Berliner SPD gegründet. Die überwiegend jüngeren Abgeordneten und Parteimitglieder wollen über tagesaktuelle Themen hinaus politische Impulse setzen. Kontakt: info@n21-berlin.de, www.berlin.spd.de

Berliner Kraftreserven

Die Bürger machen der Politik Beine

VON WERTHELD KÖPPER

Berlin. Die zentrale Idee brachte ein amerikanischer Priester nach Berlin. Leo Penta ist 9 Jahre alt und liest an der Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen. „Ist niemals für andere, was sie für sich selbst tun können!“ Mit diesen Leitsatz lässt sich charakterisieren, was Penta treibt: „Community Organizing“. Das Konzept überall, nicht nur in Brooklyn, wo er viele Erfahrungen gesammelt hat. Auch in Berlin, im Stadtteil Oberschöneweide, dem ehemals größten geschlossenen Industriegebiet Berlins.

Oberschöneweide liegt im Osten der Stadt an der Spree und verlor gleich nach dem Ende der DDR mehr als 20.000 Arbeitsplätze. In den neunziger Jahren zerschlugen sich die Pläne, dort neue Industrie anzusiedeln. Aber jetzt hat Oberschöneweide etwas, was Berlin seit dem Fall der Mauer entbehrt, wie Leo Penta seit zwölf Jahren Studenten und den Bewohnern des Stadtteils sagt: Bürgerengagement. „Community Organizing“ ist das Gegenteil einer Bürgerinitiative. Es geht nicht um ein spezielles Anliegen. Und es ist das Gegenteil des vom Senat finanzierten „Quar-

teranten, 2009 soll alles fertig sein, 6000 Studenten und 200 Professoren werden das Viertel beleben.“

„Organizing“ hat Schule gemacht: Im benachbarten Kottbuschorst, wo ein Teil der Fachhochschule für Wirtschaft und Technik und die Katholische Fachhochschule sitzen, hat sich gerade ein Kern von Aktivisten zusammengefunden, um eine eigene Bürgerplattform zu gründen. Inzwischen ist Penta überall dort ein beliebter Gast, wo es um neue Ideen geht, etwa in der Enquete-Kommission des Abgeordnetenparlamentes zur Zukunft der Stadt oder dem „Hauptstadtkongress“, auf dem sich aus Samstags politische Netzwerke und Bürgerinitiativen gründen. Zusätzlich muss Berlin seine Schulen überdenken, und zwar gerecht, sagt Penta den Elternkassen. Dann greift er Woweritz, Bild der Stadt an, der sie als „Metropole, Euro-Stadt, als ewig, wenn auch klein, hip und dynamisch“ sieht. Berlins glanzvolle Mitte sei von „bedürftigen Studenten“ umgeben. Es müsse sich regeln, „was erfinden“. Die Stadtfälle sollen glücken, nicht die Mitte. Nicht in Gebäude, sondern in Menschen, in ihre Bildung, in ihre Initiative müsse investiert werden.

„Die Kunst, Berlin zu gestalten“, nannte die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Diskussionsreihe und hat sie dort den Gebrauch des Begriffs Krise. Neulich wurde es gerade langweilig, dann die Gäste ein erfolgreicher Arzt, die Kanzlerin der Technischen Universität und ein Werbeschaffner. „Hier ist sich nicht beim Januarnachmittag von Krisen, sagte der Werbeschaffner, doch wenn die Einarbeitung weiche, kommt es wesentlich auf gute Kommunikation an. Daraufal fertiges haben es im politischen Berlin. Mit dem Kampfgeist des „Mentalisierungs“-gehirns: Wo-weise, kommt es wiederum auf gute Kommunikation an. Daraufal fertiges haben es im politischen Berlin. Mit dem Kampfgeist des „Mentalisierungs“-gehirns: Wo-

weise, kommt es wiederum auf gute Kommunikation an. Daraufal fertiges haben es im politischen Berlin. Mit dem Kampfgeist des „Mentalisierungs“-gehirns: Wo-

weise, kommt es wiederum auf gute Kommunikation an. Daraufal fertiges haben es im politischen Berlin. Mit dem Kampfgeist des „Mentalisierungs“-gehirns: Wo-

weise, kommt es wiederum auf gute Kommunikation an. Daraufal fertiges haben es im politischen Berlin. Mit dem Kampfgeist des „Mentalisierungs“-gehirns: Wo-

weise, kommt es wiederum auf gute Kommunikation an. Daraufal fertiges haben es im politischen Berlin. Mit dem Kampfgeist des „Mentalisierungs“-gehirns: Wo-

weise, kommt es wiederum auf gute Kommunikation an. Daraufal fertiges haben es im politischen Berlin. Mit dem Kampfgeist des „Mentalisierungs“-gehirns: Wo-

Für Veränderungen zu werben, den Prozess zu begleiten, das liegt Woweritz nicht. Das müssen andere tun.

tiermanagement“ für „Problemlöser“. Die Bürger organisieren sich eigenständig, und sie finanzieren ihren „Organizer“ selbst.

„Community Organizing“ ist langfristig angelegt, es setzt Bürger in den Kampf ihrer Interessen selbst, eigenständig, und sie finanzieren ihren „Organizer“ selbst.

„Community Organizing“ ist langfristig angelegt, es setzt Bürger in den Kampf ihrer Interessen selbst, eigenständig, und sie finanzieren ihren „Organizer“ selbst.

„Community Organizing“ ist langfristig angelegt, es setzt Bürger in den Kampf ihrer Interessen selbst, eigenständig, und sie finanzieren ihren „Organizer“ selbst.

„Community Organizing“ ist langfristig angelegt, es setzt Bürger in den Kampf ihrer Interessen selbst, eigenständig, und sie finanzieren ihren „Organizer“ selbst.

Eine Bevölkerung, die alles und jeden unerschrocken prüft, könnte ein idealer Partner in Krisen sein.

historischen Entwicklungsbereich sind wesentliche Erfolge geworden: Die Hochleistungsmedizin in Berlin-Buch im Norden, wo die DDR das größte Klinikum Europas“ hinterlassen hatte, gemildertes Ansehen. Auch der Wirtschaftswissenschaften und Medienstandort Alleehof im Südosten gehört nicht mehr zu den Sorgenkindern. Es gibt andere Beispiele, wie die Berliner Geldhof Ideen befruchtet hat: Nach Jahren des Verfallens in Armut hat die auf viele Sandsteine verfallene Stiftung Stadtmuseum kürzlich einen glänzenden Vorschlag zur neuen Barmen gemacht: Gegenüber dem Stammhaus, dem Märkischen Museum, steht ein Haus leer, das sich perfekt für die neuere, mehr historische Sammlung eignet. Wenn die Stiftung andere Sondere aufgabe, könnte sie den Umzug vorzüglich wesentlich unterstützen. Eine Initiative aus Wirtschaft und Wissenschaft, die der Politik aufzuheben sucht, wenn nach dem



Zukunftsgelände: In die leeren Industriebräun in Oberschöneweide zieht bald eine Fachhochschule ein. Den Umzug haben auch die Bewohner des Berliner Stadtteils durchgezogen.

Das Markthaus

Sparen auch einmal Ideen gefragt sind, nennt sich treffend „An Morgen denken“.

Die Politik unterschätzt die Kraftreserven einer Mentalität, die in der berlinischen Zusammen-

fassung aller möglichen Verhältnisse zum Vorschein kommt: „Alles Scheitern, Deine Elie.“ Lob klingt kaum feiner: „Kann man nicht meckern!“ Eine Bevölkerung, die alles und jeden unerschrocken und

unsentimental prüft, könnte ein idealer Bündnispartner in Krisen und Katastrophen sein. In West-Berlin war dieser Typus als „Blockade-Berliner“ berühmt, in Ost-Berlin hatte immer die Nowend-

keit bestanden, Findigkeit in Manipulationen zu zeigen. Doch die Politik stellte seit dem Fall der Mauer alle Fragen so, daß fatale Antworten gegeben wurden, über zehn Jahre herrschte die Vorstel-

lung, in Gesamt-Berlin könne alles so werden, wie es im subventionierten West-Berlin gewesen war. Erst die Schuldenkrise erzwang ein anderes Leitbild: daß Berlin aus eigener Kraft existieren

Ohne Bürger geht es nicht

Eine Art „Jam Session“: Der Hauptstadtkongress tagte – 2006 soll ein Bürgerpreis verliehen werden

Rund 1000 Teilnehmer debattierten Chancen und Ziele bürgerschaftlichen Engagements. Steuern zahlen, so der Tenor, reiche nicht. Man müsse auch etwas tun. Denn die Zukunft liege im freiwilligen Dienst. Der allerdings muß organisiert werden.

VON KAI RITZMANN

Ganz schummerig muß den zwei Bären geworden sein. Wie Galfionsfiguren standen sie rechts und links des Rednerpults und schwiegen mannhaft. Die beiden, unverkennbar Exemplare des Berliner Wappentiers, hatten tatendurstig die Ärmel aufgekropelt und symbolisierten damit graphisch eindrucksvoll das Motto dieses ersten Hauptstadtkongresses: „Berlin hilft sich selbst“. Doch vor der Diskussion über konkrete Hilfen stand erst einmal eine gehaltene Ladung Theorie. Dies durchzustehen, bräute es schon ein ziemlich dickes Fell.

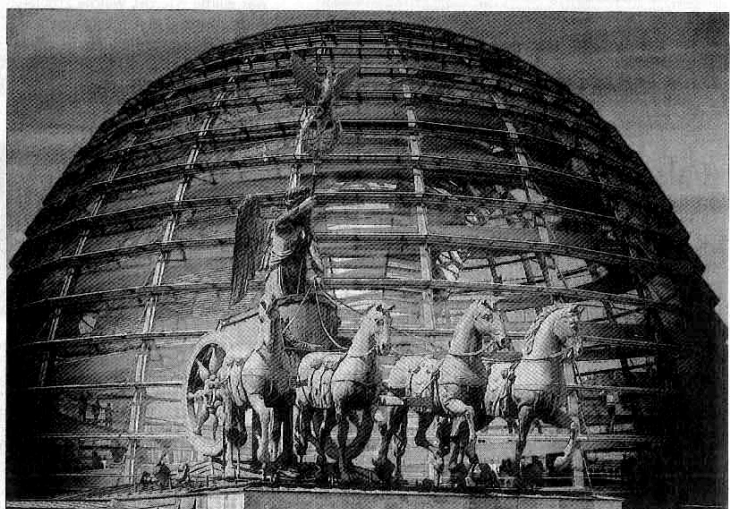
Es ging um die Stärkung der Bürgergesellschaft und jene Aufgaben – oder Pflichten? –, die dem einzelnen zufallen, wenn der Staat sich nicht für alles und jeden verantwortlich zeigen kann und soll. Es ging um Verantwortung und eine Kultur des Aufeinanderzugehens, um Engagement, Vernetzung und Nachhaltigkeit, darum, der Politik Feuer unter den Hintern zu machen. Und am Ende ging es sogar um Berlin.

Der Kongress war angetreten, den „Mut zur Selbsthilfe“ zu stärken, doch ob dies zum Beispiel eher in den Parteien, mit den Parteien oder gegen die Parteien geschehen soll, blieb umstritten. Aus dem Berliner Abgeordnetenhaus jedenfalls fand nur eine einzige

Vertreterin den Weg ins Hyatt. Auch der Vertreter des Senats ließ sich entschuldigen. Eklatanter hätte der Graben zwischen Politik und Verwaltung auf der einen und dem versammelten Bürgersinn auf der anderen Seite kaum demonstriert werden können.

In ihrem Grundsatzreferat plädierte zunächst Gesine Schwan für eine konstruktive „Navität“, denn aus ihr erwachsen dann „Visionen“. Anschließend sollte das Auditorium eine Videobotschaft von Herbert Grönmeyer empfangen, doch die Botschaft blieb aus; der Künstler hatte andere Sorgen. Den nun auch im Publikum dringend gebotenen Optimismus wollte der „Zukunftsdenker“ Bernhard von Mutius wecken. Er rief auf, „Grenzen einzureißen“ und „Brücken zu bauen“, denn nur durch gemeinsame Denkanstrengungen könne es zu neuen „Gemeinschaftsleistungen“ kommen. In dem Hauptstadtkongress erkannte er eine Art intellektueller „Jam Session“, der viele weitere folgen mögen. Ein bißchen Berlin kam auch zur Sprache, etwa in Form des verdeckten Wahlkampfes (durch den Vertreter der CDU-nahen „Hauptstadtunion“). Dabei hatte Johannes Bohnen von der Werbeagentur „Scholz & Friends“ bereits zur Begrüßung ein düsteres Bild von Berlin gemalt: „Die Probleme sind so groß, daß die Politik allein sie nicht lösen kann.“ Die Hauptstadt, so Bohnen, bleibe „hinter ihren Möglichkeiten zurück“. Nun hätten die Bürger „gar keine andere Wahl“, als selbst tätig zu werden.

Eine konkrete Maßnahme konnte der Kongress am Ende jedoch vorsehen: In einem Jahr, wenn die Veranstaltung ihre Fortsetzung findet, soll ein „Bürgerpreis“ verliehen werden. Er wird als Anerkennung für Dienste an der Allgemeinheit verstanden.



Im Reichstag tummeln sich die Politiker, dem Hauptstadtkongress blieben sie eher fern

Foto: Bildberg

Die Organisatoren des Kongresses

Liberales Netzwerk: Die Stiftung versteht sich als Bürgervereinigung, die liberale Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft parteiunabhängig stärkt. Kontakt: www.libnet.de

BürgerKonvent: Der Verein ist eine nationale Bürgerbewegung, die überparteilich, unabhängig und gemeinnützig arbeitet. Kontakt: Tel. 0228/90 24 10, info@buergerkonvent.de, www.buerger-konvent.de

Initiative Hauptstadt Berlin: Die IHB will Neu- und Alt-Berlinern eine Plattform für Ideen und Projekte bieten. Kontakt: Tel. 030/ 671 10 16, service@initiative-hauptstadt.de, www.initiative-hauptstadt.de

Gesprächskreis Hauptstadtunion: Die Initiative wendet sich an Mitglieder und Sympathisanten der Berli-

ner CDU, die einen Beitrag für Berlin leisten wollen. Kontakt: www.hauptstadtunion.de
Netzwerk N 21: Das Netzwerk hat sich in der Berliner SPD gegründet. Die überwiegend jüngeren Abgeordneten und Parteimitglieder wollen über tagesaktuelle Themen hinaus politische Impulse setzen. Kontakt: info@n21-berlin.de, www.berlin.spd.de

1000 Teilnehmer beim ersten Hauptstadtkongreß

Berlin - Rund 1000 Teilnehmer haben sich gestern zum ersten Hauptstadtkongreß versammelt, um die Möglichkeiten eines bürgerschaftlichen Engagements zu diskutieren. Im Vordergrund standen gesellschaftskritische Überlegungen. Gesine Schwan warnte davor, den Nutzen traditioneller Politik zu überschätzen. Sie warb für "Projekte der Zivilgesellschaft", die eine nachhaltigere Wirkung zeigten als jene der Politik. Bernhard von Mutius rief dazu auf, Berlin zur "Stadt der Ideen" zu machen.

Berlin hilft sich selbst

Berlin hilft sich selbst – ein kühner und doch wundervoller Slogan. Und das ausgerechnet in einer Stadt, die mit dem scheinbar unausrottbaren Vorwurf zu leben hat, die Wiedervereinigung als Subventions-Moloch überlebt zu haben. Daß dieser Polemik längst der Boden entzogen ist, daß die Hauptstadt als Kommune einen eisernen Sparkurs fährt, daß sie andererseits mit den Teilungslasten in Ost wie West nicht allein gelassen werden darf, sollte sich endlich auch außerhalb Berlins herumsprechen. Aber etwas noch Wichtigeres beginnt sich in Berlin zu verändern: die Mentalität der Bürger, das tatkräftige Engagement für ihre Stadt. Dieser Wandel wird mitbefördert von den Neu-Berlinern, die ihre Erfahrungen, ihr stärker bürgerschaftliches Denken, das Mitverantwortung bedeutet, aus West-Deutschland mitbringen.

Das ist an sich nichts Neues. Berlin hat in seiner langen Geschichte immer vom Zuzug und damit von geistiger, kultureller und wirtschaftlicher Auffrischung von außen gelebt. Mit der Hauptstadt-Werdung beginnt diese überfällige „Blutzufuhr“, an der es Berlin in den Nachkriegsjahren und dann während der Teilung so dringlich mangelte, Wirkung zu zeigen.

Gestern haben sich erstmals die wichtigsten Bürger-

netzwerke zu einem Hauptstadtkongreß getroffen, um ihr Engagement zum Wohle der Stadt zu bekunden, um Chancen aufzuzeigen, gemeinsam mehr aus ihrer Stadt und den in ihr schlummernden Potentialen zu machen. Diese Versammlung der aktiven Mutmacher ist ein weiteres Aufbruchssignal in einer Zeit, in der die Stadt langsam anfängt, wieder zu sich selbst zu finden. In einer Demokratie, die ja immer auch Bürgergesellschaft sein muß, kann und darf die Politik nicht für alles und jeden allein verantwortlich sein. Es ist geradezu Bürgerpflicht, den jeweiligen Möglichkeiten entsprechend Mitverantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen.

Dieser „Pflicht“ kommen schon jetzt Privatpersonen, Unternehmen und Organisationen in der Stadt nach. Das reicht vom Ge-

schenk der Kunstsammlung Berggruen über Sponsoren wie Hans Wall bis zur Aktion „Berliner helfen“ dieser Zeitung. Noch viel mehr ist möglich und nötig. Aber alles Engagement droht zu erlahmen, wenn der notwendige Freiraum nicht gewährt wird. Damit kommt doch wieder die Politik ins Spiel. Für Berlin gilt hier vor allem: Weg mit den überall ausgelegten Fesseln der Bürokratie. Dann kann sich die Stadt selbst noch besser helfen.



Von Joachim
Stoltenberg

Wir müssen nur tun

Ein Hauptstadtkongress debattierte über mehr Bürgerengagement und ruft einen „Berliner Bürgerpreis“ für vorbildliches Ehrenamt ins Leben

Vielleicht lag es an der Sprache der organisierenden Werber von Scholz & Friends, vielleicht am dauernden Mäkeln über „die Politiker“, die nach Ansicht vieler zu wenig für das Land täten. Christiane Richter jedenfalls drängte es irgendwann ans Mikro. Drei Stunden hatte der Hauptstadtkongress da schon Reden gehört und diskutiert, und wäre der Tagungsort nicht das Grand-Hyatt-Hotel am Potsdamer Platz und die Zahl der dunklen Anzugträger mit goldenen Knöpfen nicht so hoch gewesen, so hätte man sich fast wie beim Gründungskongress der Grünen vor 25 Jahren in Karlsruhe gefühlt.

Christiane Richter wollte konkret werden – nach all den Expertisen über *community organizer*, über ein zu gründendes *center for corporate citizenship* und mehr *summits* schien der Bedarf nach einem Wörterbuch größer als das Nachdenken über konkrete Projekte. Richter macht genau das: 2001 gründete sie die Initiative, in der Senioren in die Schulen gehen, um Konflikte zu schlichten, Lebenserfahrung zu vermitteln – und selber zu lernen,

„dass junge Leute sehr aufmerksam sind und gar nicht so verzogen, wie uns das Fernsehen manchmal suggeriert“. Und so erzählte sie von ihrem Projekt, schloss mit den Worten „Man muss nur tun“ – der Applaus war gewaltig.

Das war so ein kleiner Wendepunkt in einem Kongress, der kopflastig begann, an Fahrt gewann – und am Schluss konkret endete. „Bin ich hier bei der CDU?“, hatte Gesine Schwan, unlängst SPD-Kandidatin für das Bundespräsidenten-Amt, in ihrer Rede gefragt. Zuvor hatte Kongress-Initiator Johannes Bohnen, früherer CDU-Sprecher und heute Geschäftsführer von Scholz & Friends, in seiner Begrüßung für einige etwas viel gesprochen über „bürgerliche Kreise“, die sich vernetzen müssten, über das seiner Ansicht nach glänzende Beispiel New York – und etwas wenig über die demokratische Legitimation der Politik.

Gesine Schwan erinnerte die rund 900 Teilnehmer des Kongresses daran, dass bürgerschaftliches Engagement den Staat nicht ersetze, sondern ergänze. „Wir brau-

chen die Parlamente, denn nur sie sind demokratisch legitimiert“, sagte Schwan. Bürgerengagement sei für das Funktionieren der Demokratie gleichwohl unverzichtbar, weil es die Politik inspiriere und erst beweglich mache. Die „Naivität der Leute“ sei die größte Inspirationsquelle. Deshalb nannte sie auch das Motto des Kongresses, „Berlin neu denken“, naiv. Und meinte das als Lob.

Der Kongress beschloss, im kommenden Jahr vorbildliches Engagement mit einem „Berliner Bürgerpreis“ auszuzeichnen und seine fünf Trägernetzwerke – die „Hauptstadtunion“, die Initiative Netzwerk 21, das Bürgerkonvent, das Liberale Netzwerk und die Initiative Hauptstadt Berlin stärker zu vernetzen. Jedes der Netzwerke soll die Patenschaft über Projekte zwischen Bildung und Kultur, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft und Medien in der Bürgerengagement übernehmen. In einer Woche soll dazu ein Arbeitsplan vorgestellt und nächstes Jahr eine erste Bilanz gezogen werden.

SEBASTIAN BICKERICH

„Wir Bürger machen unser Programm“

Initiator Bohnen über
den Hauptstadtkongress

Johannes Bohnen (39) ist Initiator des Hauptstadtkongresses, der morgen im Grand Hyatt-Hotel am Potsdamer Platz stattfindet. Mit dem Geschäftsführer der Werbeagentur Scholz & Friends sprach Sebastian Bickerich.

Sie wollen morgen die Hauptstadt „aktivieren“ und „von der Trübsal befreien“. Macht Party-Bürgermeister Klaus Wowereit nicht genug gute Laune?

Wenn wir die Bürgergesellschaft stärken wollen, dann wollen wir nicht die Politik reparieren, sondern sie ergänzen – und unsere Hilfe anbieten. Berlin ist am Ende seiner Handlungsspielräume. Da müssen wir Bürger uns ein eigenständiges Programm geben. Früher hieß es immer, erst der Staat, dann die Bürger. Das muss umgekehrt sein.



J. Bohnen

Braucht man dafür schon wieder eine Konferenz?

Auf jeden Fall. Wir wollen kein Strohfeuer entfachen, sondern nachhaltige Projekte schaffen – vor allem zwischen gesellschaftlichen Bereichen, die sonst wenig zusammenkommen, etwa zwischen Opern und Schule. Auf dem Hauptstadtkongress kommen über 1200 Leute zusammen, die sich sonst nicht treffen. Ihr Ideenaustausch bringt uns voran – und in einem Jahr ziehen wir dann gemeinsam Bilanz.

Aus den Reihen der beteiligten Initiativen wird Kritik daran laut, der Hauptstadtkongress sei vor allem Werbung für „Scholz & Friends“, deren Geschäftsführer Sie sind.

Das ist Unsinn. Ich war schon immer bürgerschaftlich aktiv und engagiere mich für den Gesprächskreis Hauptstadtunion. Für den Kongress ist es natürlich eine gute Fügung, dass Scholz & Friends mitorganisiert. Die Firma verdient daran nichts.

Initiativen laden zum Hauptstadt-kongressBerlin (ddp-blm)

Mehrere Initiativen und Vereine haben heute zu einem Hauptstadt-kongress in Berlin eingeladen. Anliegen der Veranstaltung im Grand Hyatt ist es, Bürger zu mehr freiwilligem Engagement für die Zukunft der Stadt zu bewegen. Nach Ansicht der Initiatoren verfügt Berlin über reiche intellektuelle und soziale Ressourcen, doch werde die überschuldete Kommune oftmals von Kleingeist und Provinzialismus geprägt. Zu den Veranstaltern gehören die Initiative Hauptstadt Berlin e.V., der Gesprächskreis Hauptstadtunion, das liberale Netzwerk, der Bürger-Konvent und Berlin N21. Zur Eröffnung des Kongresses spricht unter anderen die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Gesine Schwan, zum Thema «Berlin neu denken!». Zudem will der Sänger Herbert Grönemeyer in einer Videobotschaft «Dem Trübsinn ein Ende!» fordern. Außerdem werde der Zukunftsdenker und Autor Bernhard von Mutius über bürgerschaftliches Engagement referieren. (www.hauptstadtkongress-berlin.de)

B.Morgenpost
13.01.05

Handeln zum Wohl Berlins

Günter Nooke (CDU-MdB) über die Bedeutung bürgerlichen Engagements

VON GÜNTER NOOKE

Fünf mehr oder weniger politische Netzwerke veranstalten mit tatkräftiger Hilfe einer Agentur und mehrerer Sponsoren am 15. Januar 2005 ohne einen Euro öffentliches Geld einen Hauptstadtkongress. Es ist der Versuch, im neuen Jahr mit einem neuen Anlauf aus Berlin mehr zu machen – zumindest aus dem, was jetzt schon in dieser Stadt steckt. Wie soll das funktionieren, wo doch jeder die strukturellen Haushaltsnöte dieser Stadt kennt? Indem man einmal nicht über fehlende Mittel, sondern über vorhandene und verborgene Ressourcen in Berlin spricht!

Nicht die Existenz oder der Ausbau von Netzwerken ist unser Ziel. Vielmehr sollen das Vorhandene in unserer Stadt für Berlin besser be-

nutzt werden. Uns geht es um die Vernetzung und die Kommunikation von Themen, von Bereichen der Gesellschaft, die heute wenig miteinander zu tun haben, von Menschen, die sich kaum kennen, sich aber viel zu sagen hätten.



Günter Nooke
Foto: Leengemans

Ziel muß es sein, die vorhandenen Initiativen, die zum Teil sehr aktiven Netzwerke, ja letztlich jeden einzelnen Menschen, der sich für die deutsche Hauptstadt engagieren möchte, auf gemeinsame Ziele zu koordinieren und zur Mitarbeit zu gewinnen. Nicht die anderen sind gefordert, Angebote zu machen, sondern ich selbst muß mich fragen, was mein Beitrag sein kann, damit es der Stadt besser geht. Für Politik und Verwaltung bedeutet das die Bereitschaft, Kooperationsangebote unvoreingenommen zu prüfen und nicht als Bedrohung der eigenen

Einflußsphäre oder des eigenen Arbeitsplatzes einfach abzulehnen.

Der einzelne oder eine Bürgerinitiative werden nur dann von Politikern und Verwaltungsangestellten Unterstützung erwarten dürfen, wenn sie mehr als eigene Interessen vertreten und in der Lage sind, den Mehrwert für die Stadt darzustellen. Solche Vernetzungen oder neue Kooperationsmodelle bürgerschaftlicher Initiativen sind nicht nur im politischen Bereich denkbar, sondern genauso mit Unternehmen, Medien, Schulen oder Wissenschaftseinrichtungen.

Erst wenn Menschen und Einrichtungen dieser Stadt spüren, daß sie gemeinsam mit anderen mehr erreichen können, als wenn alle gegeneinander um die knappen Mittel streiten, beginnt nicht nur neues Denken, sondern auch eine neue Qualität der Zusammenarbeit, durch die Lösungen möglich werden, die vorher als illusionär abge-

Wichtige Programmpunkte während des Kongresses

10 Uhr: Begrüßung (Johannes Bohnen, Initiator). Danach: Fünf Bürger-Netzwerke stellen sich vor (Initiative Hauptstadt Berlin, Hauptstadtunion, Bürgerkonvent, Liberales Netzwerk, Netzwerk 21).

10.40 Uhr: Berlin neu denken! (Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität).

11.15 Uhr: Vernetztes bürgerschaftliches Engagement – ein Zukunftsmodell? (Bernhard von Mutius).

11.45 Uhr: Bürgerengagement (Podiumsdiskussion mit Carola Schaaf-Derichs, Leiterin Berliner Freiwilligenagentur, Leon Penta, Community Organizer, Rolf Kiefer, Vorstandsvorsitzender Aktive Bürgerschaft e.V.).

12.15 Uhr: Publikumsdiskussion: Was ist zu tun, damit eine lebendige Bürgergesellschaft entsteht?

13 Uhr: Mittagspause

14.20 Uhr: Wirtschaft und Wissenschaft (Podiumsdiskussion mit Jürgen Mlynek, Präsident Humboldt-Universität, Eric Schweitzer, Prä-

sident IHK Berlin, Hans Wall, Vorstandsvorsitzender Wall AG).

14.50 Uhr: Bildung und Kultur (Podiumsdiskussion mit Kirsten Harms, Intendantin Deutsche Oper Berlin, Hildburg Kagerer, Leiterin Freiligrath-Schule, Andreas Freudenberg, Geschäftsführer Werkstatt der Kulturen).

15.20 Uhr: Politik und Verwaltung (Podiumsdiskussion mit Monika Thiemen, Bürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf, Christoph Stölzl, stellvertretender Präsident des Abgeordnetenhauses, Rupert Graf Strachwitz, Direktor Maecenata Institut für Philantrophie und Zivilgesellschaft).

15.50 Uhr: Medien (Podiumsdiskussion mit Dagmar Reim, Intendantin RBB, Roger Köppel, Chefredakteur DIE WELT, Uwe K. Kunz, Die Stütze).

16.20–17 Uhr: Verabschiedung des Impuls- und Aktionsplans. Publikumsdiskussion mit Vertretern der Träger-Netzwerke.

Handeln zum Wohl Berlins

Günter Nooke (CDU-MdB) über die Bedeutung bürgerlichen Engagements

Fünf mehr oder weniger politische Netzwerke veranstalten mit tatkräftiger Hilfe einer Agentur und mehrerer Sponsoren am 15. Januar 2005 ohne einen Euro öffentliches Geld einen Hauptstadtkongress. Es ist der Versuch, im neuen Jahr mit einem neuen Anlauf aus Berlin mehr zu machen – zumindest aus dem, was jetzt schon in dieser Stadt steckt. Wie soll das funktionieren, wo doch jeder die strukturellen Haushaltsnöte dieser Stadt kennt? Indem man einmal nicht über fehlende Mittel, sondern über vorhandene und verborgene Ressourcen in Berlin spricht!

Nicht die Existenz oder der Ausbau von Netzwerken ist unser Ziel. Vielmehr sollen das Vorhandene in unserer Stadt für Berlin besser benutzt werden. Uns geht es um die Vernetzung und die Kommunikation von Themen, von Bereichen der Gesellschaft, die heute wenig miteinander zu tun haben, von Menschen, die sich kaum kennen, sich

aber viel zu sagen hätten. Ziel muß es sein, die vorhandenen Initiativen, die zum Teil sehr aktiven Netzwerke, ja letztlich jeden einzelnen Menschen, der sich für die deutsche Hauptstadt engagieren möchte, auf gemeinsame Ziele zu koordinieren und zur Mitarbeit zu gewinnen. Nicht die anderen sind gefordert, Angebote zu machen, sondern ich selbst muß mich fragen, was mein Beitrag sein kann, damit es der Stadt besser geht.

Für Politik und Verwaltung bedeutet das die Bereitschaft, Kooperationsangebote unvoreingenommen zu prüfen und nicht als Bedrohung der eigenen Einflusssphäre oder des eigenen Arbeitsplatzes einfach abzulehnen.

Der einzelne oder eine Bürgerinitiative werden nur dann von Po-

litikern und Verwaltungsangestellten Unterstützung erwarten dürfen, wenn sie mehr als eigene Interessen vertreten und in der Lage

sind, den Mehrwert für die Stadt darzustellen. Solche Vernetzungen oder neue Kooperationsmodelle bürgerschaftlicher Initiativen sind nicht nur im politischen Bereich denkbar, sondern genauso mit Unternehmen, Medien, Schulen oder Wissenschaftseinrichtungen.

Erst wenn Menschen und Einrichtungen dieser

Stadt spüren, daß sie gemeinsam mit anderen mehr erreichen können, als wenn alle gegeneinander um die knappen Mittel streiten, beginnt nicht nur neues Denken, sondern auch eine neue Qualität der Zusammenarbeit, durch die Lösungen möglich werden, die vorher als illusionär abgetan wurden.



Günter Nooke

FOTO: LENGEMANN

Die Stadt hilft sich selbst

Firmen, Privatleute und Organisationen fordern Mut zur Verantwortung

VON NORBERT RÄHSE

Privates Engagement soll Berlin aus dem Jammerlall reißen. Firmen, Institutionen und Organisationen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Forschung wollen zeigen, was in der Hauptstadt steckt.

„Berlin hilft sich selbst“ – unter diesem Slogan, überall in der Stadt auf knallgelben Plakaten derzeit zu sehen, beginnt am Sonnabend der erste Hauptstadtkongress. Etwa 1000 Teilnehmer treffen sich auf der parteiübergreifenden, nahezu ausgebuchten Veranstaltung der wichtigsten Berliner Bürgernetzwerke im Hotel Grand Hyatt am Mariene-Dietrich-Platz, um konkrete Projekte vorzustellen, mit denen dem kranken Riesen Berlin neue Kraft verliehen werden soll. Zu den Veranstaltern gehören die Initiative Hauptstadt Berlin e.V., der Gesprächskreis Hauptstadtunion, die Stiftung Liberales Netzwerk und das Netzwerk 21.

Referate und Podiumsdiskussionen zu fünf Themenspektren, sogenannten Panels, sollen die Möglichkeiten eines privaten Engagements zum Wohl der deutschen Hauptstadt aufzeigen. Der Pankower Bundestagsabgeordnete Günter Nooke (CDU), Mitinitiator und einer der Moderatoren des Kongresses: „Die Zukunft Berlins hängt nicht zuerst von staatlichem Handeln ab. Entscheidend ist das Engagement der Menschen, die hier leben oder leben wollen. Sie müssen bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. Politik muß bereit sein, Verantwortung abzugeben.“

Die während des Hauptstadtkongresses angesprochenen Themenbereiche umfassen neben den organisatorischen Möglichkeiten des Bürgerengagements die Bereiche Wirtschaft und Wissenschaft, Bildung und Kultur, Politik und Verwaltung und die Rolle der Medien.

Johannes Bohnen von der PR-Agentur Scholz & Friends hat die Initiative ebenfalls mit ins Leben gerufen. Bohnen will sich mit der desolaten wirtschaftlichen Lage der Hauptstadt nicht mehr abtönen, auch nicht länger mit dem „Provinzialismus und dem Kleinmut“, der in Berlin herrsche. „Die Situa-

on der Stadt ist ernst“, so Bohnen. „Wir können uns hier keine Spielchen mehr leisten, wenn die Probleme nicht größer werden sollen.“

Den Ausweg sehen die Initiatoren der Tagung in der Verknüpfung bereits bestehender Netzwerken von Fachleuten. „Durch ihren Zusammenschluß werden Schnittstellen aller Bereiche des öffentlichen Lebens geschaffen“, sagt Bohnen. Sie seien der Boden für neue Ideen, um Probleme zu lösen und Fehlentwicklungen früh zu erkennen.

Der Hauptstadtkongress bietet eine lange Liste prominenter Teilnehmer. Zu ihnen gehören neben anderen Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Frankfurt (Oder), der Zukunftsdenker und Autor Bernhard von Mutius, Jürgen Mlynsek, Präsident der Humboldt-Uni, IHK-Präsident

Eric Schweitzer, Christoph Stölz, stellvertretender Präsident des Abgeordnetenhauses, Hans Wöll, Vorstandschef der Wall AG, Monika Thiemmen, Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf und WELT-Chefredakteur Roger Köppel.

Arbeitsgruppen zu den einzelnen Themenbereichen werden am Sonnabend der Öffentlichkeit vor der Tagung erarbeitete konkrete Projekte präsentieren, mit denen Verbände, Firmen und Organisationen die vielfältigen Probleme in der Stadt bekämpfen wollen. So gibt es beispielsweise Initiativen der Wirtschaft, Plätze für spezielle, leistungsorientierte Praktika für Bachelor-Studenten zu schaffen. Auf der anderen Seite des Spektrums planen Firmen, sich und die in ihren Branchen vertretenen Berufe in Schulen vorzustellen. Diese Informationen könnten insbesondere Problemschülern Perspektiven liefern. Bohnen: „Der Kongress soll einen Mentalitätswechsel in Berlin einleiten.“ Es gelte, eine neue Qualität im Denken zu erreichen. Nooke: „Wir halten die Zusammenarbeit von Menschen aus ganz unterschiedlichen Bereichen für notwendig. Wir fragen nicht zuerst, was uns das nützt, sondern ob es Berlin helfen könnte.“ Bis zum Sommer will die Initiative Zwischenbilanzen vorlegen.

Im Januar 2006 ist der nächste Hauptstadtkongress geplant.



Die Zukunft Berlins braucht mehr als Entscheidungen, die im Bundeskanzleramt getroffen werden

Foto: Heusch

Ohne Bürger geht es nicht

Eine Art „Jam Session“: Der Hauptstadtkongress tagte – 2006 soll ein Bürgerpreis verliehen werden

VON KAI RITZMANN

Rund 1000 Teilnehmer debattierten am Wochenende Chancen und Ziele bürgerschaftlichen Engagements. Steuern zahlen, so der Tenor, reiche nicht. Man müsse auch etwas tun. Denn die Zukunft liege im freiwilligen Dienst. Der allerdings muß organisiert werden.

Ganz schummerig muß den zwei Bären geworden sein. Wie Gallionsfiguren standen sie rechts und links des Rednerpults und schwiegen mannhaft. Die beiden, unverkennbar Exemplare des Berliner Wappentiers, hatten tatendurstig die Ärmel aufgekrempt und symbolisierten damit graphisch eindrucksvoll das Motto dieses ersten Hauptstadtkongresses: „Berlin hilft sich selbst“. Doch vor der Diskussion über konkrete Hilfen stand erst einmal eine geballte Ladung Theorie. Dies durchzustehen, brauchte es schon ein ziemlich dickes Fell.

Es ging um die Stärkung der Bürgergesellschaft und jene Aufgaben – oder Pflichten? –, die dem einzelnen zufallen, wenn der Staat sich nicht für alles und jeden verantwortlich zeigen kann und soll. Es ging um Verantwortung und eine Kultur des Aufeinanderzugehens, um Engagement, Vernetzung und Nachhaltigkeit, darum, der Politik Feuer unter dem Hintern zu machen. Und am Ende ging es sogar um Berlin.

Der Kongress war angetreten, den „Mut zur Selbsthilfe“ zu stärken, doch ob dies zum Beispiel eher in den Parteien, mit den Parteien oder gegen die Parteien geschehen soll, blieb umstritten. Aus dem Berliner Abgeordnetenhaus jedenfalls fand nur eine einzige Vertreterin den Weg ins Hyatt. Auch der Vertreter des Senats ließ sich entschuldigen. Eklatanter hätte der Graben zwischen Politik und Verwaltung auf der einen und dem versammelten Bürgersinn auf der anderen Seite kaum demonstriert werden können.

In ihrem Grundsatzreferat plädierte zunächst Gesine Schwan für eine konstruktive „Naivität“, denn aus ihr erwachsen dann „Visionen“. Anschließend sollte das Auditorium eine Videobotschaft von



Im Reichstag tummeln sich die Politiker, dem Hauptstadtkongress blieben sie eher fern

FOTO: BILDERBERG

Herbert Grönemeyer empfangen, doch die Botschaft blieb aus; der Künstler hatte andere Sorgen. Den nun auch im Publikum dringend gebotenen Optimismus wollte der „Zukunftsdenker“ Bernhard von Murius wecken. Er rief auf, „Grenzen einzureißen“ und „Brücken zu bauen“, denn nur durch gemeinsame Denkanstrengungen könne es zu neuen „Gemeinschaftsleistungen“ kommen. In dem Hauptstadtkongress erkannte er eine Art intellektueller „Jam Session“, der viele weitere folgen mögen. Ein bißchen Berlin kam auch zur Sprache, etwa in Form des verdeckten Wahlkampfs (durch den Vertreter der CDU-nahen „Hauptstadtuni-

on“). Dabei hatte Johannes Bohnen von der Werbeagentur „Scholz & Friends“ bereits zur Begrüßung ein düsteres Bild von Berlin gemalt: „Die Probleme sind so groß, daß die Politik allein sie nicht lösen kann.“ Die Hauptstadt, so Bohnen, bleibe „hinter ihren Möglichkeiten zurück“. Nun hätten die Bürger „gar keine andere Wahl“, als selbst tätig zu werden.

Eine konkrete Maßnahme konnte der Kongress am Ende jedoch vorsehen: In einem Jahr, wenn die Veranstaltung ihre Fortsetzung findet, soll ein „Bürgerpreis“ verliehen werden. Er wird als Anerkennung für Dienste an der Allgemeinheit verstanden.

Die Organisatoren des Kongresses

Liberales Netzwerk: Die Stiftung versteht sich als Bürgervereinigung, die liberale Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft parteiunabhängig stärkt. Kontakt: www.libnet.de

BürgerKonvent: Der Verein ist eine nationale Bürgerbewegung, die überparteilich, unabhängig und gemeinnützig arbeitet. Kontakt: Tel. 0228/ 96 24 10, info@buergerkonvent.de, www.buergerkonvent.de

Initiative Hauptstadt Berlin: Die IHB will Neu- und Alt-Berlinern eine Plattform für Ideen und Projekte bieten. Kontakt: Tel. 030/

671 10 10, service@initiative-hauptstadt.de, www.initiative-hauptstadt.de

Gesprächskreis Hauptstadtunion: Die Initiative wendet sich an Mitglieder und Sympathisanten der Berliner CDU, die einen Beitrag für Berlin leisten wollen. Kontakt: www.hauptstadtunion.de

Netzwerk N 21: Das Netzwerk hat sich in der Berliner SPD gegründet. Die überwiegend jüngeren Abgeordneten und Parteimitglieder wollen über tagesaktuelle Themen hinaus politische Impulse setzen. Kontakt: info@n21-berlin.de, www.berlin.spd.de

Hauptstadt-Helfer

Am Sonntagnachmittag wollen sich fünf Bürger-Netzwerke für Berlin miteinander verknüpfen

VON TOBIAS MILLER

Die Aktion von Astrid Lohss passt genau zu dem Kongress. „Tulpen für Tische“ hat die Architektin und Mutter ihr Projekt genannt. Zusammen mit anderen Eltern will sie am Wochenende vor dem Valentinstag am 14. Februar möglichst viele Tulpen verkaufen. Von den Einnahmen können dann neue Tische und Stühle für Schulen angeschafft werden. Denn die seien aus ihrer Sicht in einem katastrophalen Zustand, sagt Lohss. Ein gutes Beispiel für Bürgerengagement, findet Johannes Bohnen. Daher wurden die Eltern eingeladen, ihr Projekt am Sonntagnachmittag im Grand Hyatt zu präsentieren. In dem Hotel am Potsdamer Platz trifft sich der Hauptstadt-Kongress „Berlin hilft sich selbst“, den Bohnen initiiert hat. Fünf Berliner Bürger-Netzwerke wollen sich zusammentun, um der Stadt zu helfen. Einem von ihnen gehört Bohnen selbst an: dem Gesprächskreis Hauptstadtunion, der von CDU-Mitgliedern initiiert wurde, die mit dem Regierungsumzug nach Berlin gekommen sind. Im Brotberuf arbeitet Bohnen bei der Agentur Scholz & Friends.

Bei dem Kongress geht es um große Ziele, die mit möglichst konkreten Projekten erreicht werden sollen. Erreichen wolle man eine „neue Balance zwischen Staat und Privat“, sagt Bohnen. Man möchte die Bürger animieren, sich für ihre Stadt stark zu machen und man möchte selber Möglichkeiten schaffen, sich zu engagieren. Daher werden sich nicht nur die Eltern mit ihrer Aktion, sondern etwa auch die Schlossbefürworter präsentieren. Ziel der Zusammenkunft ist nach



Der Kongress „Berlin hilft sich selbst“ will Engagement fördern.

Die Netzwerke

Der Hauptstadt-Kongress „Berlin hilft sich selbst“ tagt zum ersten Mal. Die Veranstaltung beginnt am Sonntagnachmittag, 15. Januar, um 9 Uhr im Grand Hyatt Berlin, Marlene-Dietrich-Platz 2, Potsdamer Platz. Sie endet um 17 Uhr.

Die Träger der Veranstaltung sind die Initiative Hauptstadt, die Stiftung Liberales Netzwerk, der BürgerKonvent, der Gesprächskreis Hauptstadtunion und das Netzwerk 21.

Teilnehmen kann jeder Interessierte. Wegen begrenzter Platzzahl bitten die Veranstalter um Voranmeldung.

Im Internet: www.Hauptstadt-kongress-berlin.de

den Worten Bohnens, eine Liste von Projekten zusammengetragen zu haben, die im nächsten Jahr umgesetzt werden sollen. „In einem Jahr schauen wir dann, was daraus geworden ist“, sagte er.

Bürger-Netzwerke verstehen sich meist parteiübergreifend und sind durch eine lockere Form der Zusammenarbeit geprägt. Die fünf, die sich am Sonntagnachmittag am Potsdamer Platz treffen, waren schon in den vergangenen Jahren für Berlin aktiv. Es sind die Stiftung Liberales Netzwerk, die sich wie der BürgerKonvent für mehr Eigenverantwortung der Bürger stark macht. Motto der Stiftung: „Privat geht vor Staat.“ Ebenfalls Träger des Kongresses ist die Initiative Hauptstadt, die 1990 gegründet wurde, als die Entscheidung anstand, ob Bundesregierung und Parlament von Bonn nach Berlin ziehen. Heute versteht sich die Initiative als Plattform, um Ideen für Berlin zu entwickeln und voranzubringen. Parteinäher sind die Netzwerke Gesprächskreis Hauptstadtunion und das Netzwerk 21, wo sich die jüngeren Abgeordneten der SPD organisiert haben.

Man habe einfach festgestellt, sagt Bohnen, dass die vielen verschiedenen Netzwerke mehr erreichen können, wenn sie sich für bestimmte Themen zusammenschließen. Dafür soll der Kongress den Anfang bieten.

Ein greifbares Ergebnis könnte er schon haben: Der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Alba-Chef Eric Schweitzer, hat bereits angekündigt, dass er das Partnerschaftsprojekt „Schule und Betrieb“ ausbauen will. Ebenso will er Unternehmer gewinnen, die an der Universität als Praktiker lehren.

Überparteiliches Bündnis für mehr Bürgersinn in Berlin

Initiative will mit Hauptstadtkongreß „dem Trübsinn ein Ende“ setzen

ALS BERLINS REGIERENDER Bürgermeister zu Jahresbeginn nach seinen Wünschen für 2005 gefragt wurde, bekundete er, ein paar Punkte abnehmen zu wollen. Doch Klaus Wowereit (SPD) wäre kein Politiker, wenn er nicht auch eine Botschaft für das Wahlvolk parat gehabt hätte. Er hoffte auf mehr bürgerschaftliches Engagement an der Spree, erklärte Wowereit. Ein Wunsch, der bereits an kommenden Sonnabend in Erfüllung gehen konnte. Zumindest teilweise.

An diesem Tag kommen nämlich im Hotel „Grand Hyatt“ am

Potsdamer Platz namhafte Experten aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft zu einem „Hauptstadtkongreß“ zusammen, um Berlin aus der Krise zu führen. Das Zauberwort lautet: mehr bürgerschaftliches Engagement. Nichts Besonderes, mögen Kritiker einwenden. Schließlich gibt es doch republikweit zuhauf bürgerschaftliche Bündnisse. Doch der „Hauptstadtkongreß“ ist ganz auf Berlin fokussiert, will Menschen aus allen Lebensbereichen zu aktivem Tun auf allen Ebenen animieren, wo das Land Berlin qua Geld-

mangel nicht mehr tätig wird.

Entsprechend exotisch mutet die Gästerednerliste an. So nimmt neben Viadrina-Präsidentin Gesine Schwan, Humboldt-Universität-Chief Jürgen Mlynek oder Vize-Parlamentspräsident Christoph Stölzl (CDU) auch Herbert Grönemeyer am Kongreß teil – per Videobotschaft zumindest.

In seinem Londoner Studio mixte der deutsche Musikstar einen Video-Clip mit dem verhei-



Herbert Grönemeyer:
Videoclip für den Kongreß

lungsvollen Titel „Dem Trübsinn ein Ende!“ Darin würdt der Künstler für mehr Selbstinitiative. Die Idee dazu hatte Scholz-Gr-Friends-Geschäftsführer Johannes Bohnen. Der 39-jährige, der seit Juni 2004 an der Vorbereitung des Kongresses arbeitet, möchte überparteiliche Netzwerke zwischen Wirtschaft, Kunst und Wissen-

schaft aufbauen. „Wir müssen nicht zum zehnten Mal über die Gesundheitsstadt Berlin oder den

Biotechnologiestandort reden. Dazu ist die wirtschaftliche Situation zu ernst. Auch geht es nicht um Ost oder West, links oder rechts. Sondern es geht darum, nicht aktivierte Potentiale zu erkennen und nutzbar zu machen.“

Berlin sei eine Stadt mit reichen intellektuellen und sozialen Ressourcen, aber zu oft geprägt von Provinzialismus und Kleinmut.

Das soll nun anders werden. Damit der Kongreß keine Eintagsveranstaltung bleibt, hat Bohnen fünf größere Bürgernetzwerke – die Initiative Hauptstadt Berlin, Hauptstadtunion (CDU/CSU nahestehend), Bürgerkonvent (nationale Bürgerbewegung) sowie das FDP-nahe Liberale Netzwerk und die Verbindung junger Berliner

SPD-Mitglieder im Netzwerk 21 – als Mitveranstalter geworben. Sie sollen untereinander Kontakte knüpfen und so ehrenamtliches Tun auf breiter Front fördern.

In Bremen, wo Bohnen herkommt, gebe es mehr bürgerschaftliches Engagement. „Das muß auch in Berlin möglich sein“, wirbt Bohnen. Und ein Blick auf die Gästeliste verrät, daß er mit diesem Wunsch nicht allein ist.

Zur Wochenmitte hatten die Veranstalter bereits 480 Zusagen, insgesamt wollen sogar 850 Menschen kommen. „Wenn Leute freiwillig sieben Stunden zusammenkommen, dann ist das ist ein Hammer“, sagt Bohnen. Und ein bißchen ist er schon spürbar – der neue Bürgersinn. Dirk Westphal

Nachrichten aus Berlin

Grönemeyer grüßt

Per Videobotschaft unterstützt Rock-Star Herbert Grönemeyer (48) den „Hauptstadt-Kongreß“. Am Sonnabend treffen sich Experten im Hyatt-Hotel. Sie beraten, wie Berlin aus der Krise zu führen ist. Grönemeyers Botschaft: „Dem Trübsinn ein Ende!“ Er wirbt für mehr Selbstinitiative.

Hauptstadtkongreß mit Stölzl und Grönemeyer-Video

„Die Berliner Bürgergesellschaft organisiert sich!“ ist am 15. Januar der Titel eines Hauptstadtkongresses im Hotel Grand Hyatt. Bei der überparteilichen Netzwerk-Veranstaltung geht es um bürgerliches Engagement und die Zukunft der Hauptstadt. Zugesagt haben Gesine Schwan, Christoph Stölzl, HU-Präsident Jürgen Mlynek, RBB-Intendantin Dagmar Reim und WELT-Chefredakteur Roger Köppel. Es wird außerdem eine Videobotschaft von Herbert Grönemeyer geben, teilte die Friedrich-Naumann-Stiftung am Freitag mit. *dpa*